

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

19. Wahlperiode

36. Sitzung vom 24. April 2013

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Gemeinderätinnen bzw Gemeinderäte	S. 3	GR Mag Johann Gudenus, MAIS	S. 3
		GR Mag Alexander Neuhuber	S. 7
		GR Dipl-Ing Martin Margulies	S. 10
2. 01276-2013/0001-MDLTG: Gemäß § 21 (4) WStV Einberufung des Gemeinderates der Stadt Wien durch Bgm Dr Michael Häupl zum Thema "Rückführung privatisierter Unternehmen, Betriebe und Fonds unter die Kontrolle der Stadt Wien!"	S. 3	GR Mag Dietbert Kowarik (tatsächliche Berichtigung)	S. 12
		GR Dr Wolfgang Aigner	S. 12
		GR Ing Christian Meidlinger	S. 14
		GRin Birgit Hebein	S. 16
		StR DDr Eduard Schock	S. 17
		GR Johann Herzog	S. 19
3. Mandatsverzicht von GR Karlheinz Hora; Angelobung von Gerhard Kubik als Gemeinderat	S. 3	GR Mag Wolfgang Jung	S. 22
		GR Univ-Prof Dr Peter Frigo	S. 23
		GR Gerhard Kubik	S. 24
		GR Ing Udo Guggenbichler	S. 26
4. 01276-2013/0001-MDLTG: Debatte auf Grund des Verlangens des Klubs der Wiener Freiheitlichen zum Thema "Rückführung privatisierter Unternehmen, Betriebe und Fonds unter die Kontrolle der Stadt Wien!" Rednerin bzw Redner:		GR Erich Valentin (tatsächliche Berichtigung)	S. 27
		GR Anton Mahdalik	S. 27
		Abstimmung	S. 28

(Beginn um 9 Uhr.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen!

Ich eröffne die 36. Sitzung des Wiener Gemeinderats!

Entschuldigt während des gesamten Tages sind GR Dipl.-Ing. Al-Rawi, GRin Mag Anger-Koch, GR Dr Troch, GR Dr Van der Bellen und GRin Prof Dr Vitouch. Und dann habe ich noch Entschuldigungen für nachmittags, die ich dann zur Verlesung bringe, wenn die Sitzung nicht vorzeitig beendet ist.

Von den Gemeinderatsmitgliedern des Klubs der Wiener Freiheitlichen wurde ein Verlangen auf Einberufung einer Sitzung des Gemeinderats zum Thema „Rückführung privatisierter Unternehmen, Betriebe und Fonds unter die Kontrolle der Stadt Wien!“ eingebracht. Der Herr Bürgermeister hat in Entsprechung des § 21 Abs 4 der Wiener Stadtverfassung in Zusammenhalt mit § 8 der Geschäftsordnung des Gemeinderats der Stadt Wien zu dieser Sitzung eingeladen. Die Geschäftsordnung sieht vor, dass in Sitzungen des Gemeinderats auf Verlangen keine Geschäftsstücke verhandelt werden. Der Entfall von Fragestunde, Aktueller Stunde und dringlichen Initiativen ist in der Fraktionsvereinbarung festgeschrieben.

Bevor wir mit der Debatte zum Verlangen beginnen, ersuche ich Sie, sich von den Plätzen zu erheben.

GR Karlheinz Hora hat am 9. April 2013 auf sein Mandat im Gemeinderat der Stadt Wien verzichtet. Der Herr Bürgermeister hat gemäß § 92 Abs 2 der Wiener Gemeindevahlordnung auf das dadurch frei gewordene Mandat das in Betracht kommende Ersatzmitglied im Wahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei, Herrn Gerhard Kubik, in den Gemeinderat berufen. Gemäß § 19 der Wiener Stadtverfassung ist das Gemeinderatsmitglied anzugeloben und ich bitte den Schriftführer, Herrn GR Nevriy, die Gelöbnisformel zu verlesen und das neue Gemeinderatsmitglied, auf meinen Aufruf hin das Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe.“ zu leisten.

Schriftführer GR Ernst **Nevriy**: „Ich gelobe der Republik Österreich und der Stadt Wien unverbrüchliche Treue, stete und volle Beachtung der Gesetze sowie gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten.“

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Herr GR Kubik.

GR Gerhard **Kubik** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Ich gelobe.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Damit ist die Angelobung vollzogen. (*Allgemeiner Beifall.*)

Ich wünsche dir, Herr GR Kubik, alles, alles Gute für die Ausübung deiner politischen Funktion hier im Gemeinderat.

Wir kommen nun zur Besprechung des Verlangens. Ich eröffne die Debatte. Laut Mitteilung der antragstellenden Fraktion ist Herr GR Mag Gudenus Begründer und Erstredner in einer Person. Die Fraktionsvereinbarung sieht hierfür eine Gesamtredezeit von 40 Minuten vor. Ich erteile nun Herrn GR Mag Gudenus das Wort.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Danke, Herr Vorsitzender! Schönen guten Morgen, werte Kollegen! Herzliche Gratulation auch dem neu angelobten Gemeinderat.

Ich darf einen Schluck vom köstlichen Wiener Wasser nehmen, denn solange es noch nicht ganz privatisiert ist, dürfen wir es noch genießen. Der Herr Bgm Häupl hat ja eine Quelle des Wiener Hochquellleitungswassers im Jahr 1998 privatisiert. Dieses Wasser, das hier am Podium steht, ist noch öffentliches Leitungswasser, aber nicht mehr ganz billig, weil es auch innerhalb der letzten 2 Jahre um 33 Prozent erhöht wurde.

Wir sprechen heute über die Privatisierungswelle unter Bgm Häupl, die Privatisierungswelle der letzten Jahre und Jahrzehnte, die hier von der SPÖ auch vorangetrieben wurde. Ich wollte heute eigentlich fast ausschließlich über diesen wirklich dreisten Fall der Wasserprivatisierung unter Bgm Häupl sprechen, der ja für sich ein Skandal der Sonderklasse ist. Häupl hat Wiener Hochquellleitungswasser privatisiert, das ist ein Faktum. Aber allein im letzten Monat, seitdem wir diesen Fall aufgedeckt haben und seitdem wir Freiheitliche an die Öffentlichkeit gebracht haben, dass die SPÖ das Wiener Leitungswasser teilweise privatisiert hat, seit diesem hinterhältigen Anschlag auf die öffentliche Daseinsvorsorge in Wien haben Sie ja schon wieder zwei Aktionen gesetzt, die ja schlicht unfassbar sind und für sich allein auch schon wieder Sondersitzungen erfordern würden, nämlich eine weitere Enteignung der Wienerinnen und Wiener. Sie haben erstens einmal das Veranstaltungsmanagement der Wiener Donauinsel aus dem Magistrat herausgelöst und somit de facto privatisiert. Dieser dubiose Privatverein, der eben extra dafür gegründet worden ist und dessen Mitglieder auch streng geheim sind - man weiß nicht genau, was sich da tut -, hat schon 200 000 EUR an Gebühren und Steuergeldern bekommen und niemand weiß, was damit passiert, weil diese Privatvereine nicht geprüft und nicht kontrolliert werden. Allein da fordern wir Freiheitliche eigentlich Aufklärung und Kontrolle im Sinne der Bürger, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Das ist eine lupenreine Privatisierung, weil hier de facto Steuergeld, öffentliches Geld durch eine Subvention an einen ausgelagerten Privatverein privatisiert wird. Das ist eine Privatisierung und niemand kann kontrollieren, was mit diesem Geld passiert. Sie haben bisher nie Anstalten gemacht, all diese Vereine zu kontrollieren oder auch die Gebarung offenlegen zu lassen, wenn es darum geht, hier Subventionen zu kassieren, um mit dem Geld auch irgendwie Veranstaltungen durchzuführen. Sie haben ja nicht einmal ein Interesse daran, das Steuergeld, das Sie privatisieren an diese Privatvereine, zu kontrollieren, weil dann dort überall die roten Freunderl drinnsitzen und sich irgendwie mit den ganzen Pfründen wohlfühlen. Das ist die Politik, die Sie in den letzten Jahren betreiben, dass öffentliches Steuergeld, Gebührengeld, das die Wienerinnen und Wiener bezahlen, gleichzeitig aber immer mehr in die Armut rutschen, hier an rote Freunderl vergeben wird. Das kann es nicht sein, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Und der zweite Sündenfall innerhalb von nur wenigen Wochen war bitte die Übertragung des 20-prozentigen Anteils der Gemeinde Wien am Wiener Flughafen, der

einfach mir nichts, dir nichts an die Wien Holding ohne Beschluss, ohne Informierung des Gemeinderates übertragen wurde, überhaupt nichts. Über Nacht wurde hier klammheimlich der 20-prozentige Anteil der Wiener Bevölkerung an die Wien Holding ausgelagert und schon wieder privatisiert, der nächste Sündenfall, also es hat ja überhaupt kein Ende. Sie privatisieren ja, als gäbe es kein Morgen. Aber ich kann Ihnen eines versprechen: Für die SPÖ wird es, wenn Sie so weitermachen, nach 2015 kein Morgen geben, weil das eine Schande ist, was Sie hier aufführen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es ist ja Faktum, dass Sie, die Sozialdemokratie, wobei ja schon offensichtlich ist und das merken ja die Bürger längst, dass Sie weder sozial noch demokratisch sind, weil Sie ja weder soziale Politik machen noch die demokratischen Gremien mit Ihren Machenschaften befassen. Sie bedienen sich ja mittlerweile im Zweiwochentakt am Vermögen der Wienerinnen und Wiener und versuchen, dieses unter die Kontrolle der Partei zu bringen. Ich weiß schon, wie Sie denken: Die Partei hat immer recht, das ist klar. Das ist Ihr Motto, so sind Sie halt gepolt, die Partei hat immer recht, ja, Genossen, es bleibe dabei.

Übrigens kurze Zwischenfrage: Haben Sie schon Ihre eigenen Parteilieder gegendert?

Ja, Genossen, es bleibe dabei. Machen Sie keine Anstalten, vielleicht zu fordern: Ja, GenossInnen, es bleibe dabei? Sie bleiben da bei der wirklich archaischen männlichen Form und das ist ja sexistisch. *(Heiterkeit bei GR Mag Wolfgang Jung.)* Unglaublich, dass Sie Ihre eigenen Lieder nicht gendern. Ich meine, kehren Sie einmal vor Ihrer eigenen Haustür und seien Sie einmal politisch korrekt. *(Beifall bei der FPÖ. – Aufregung bei GR Mag Jürgen Wutzlhofer.)* Ja, Herr Wutzlhofer, das ist ein wunder Punkt. Herr Wutzlhofer, für Sie ist jeder Gedankensprung ein Marathon, ich weiß eh. Bitte gendern Sie Ihre eigenen Parteilieder und seien Sie endlich einmal glaubwürdig. Sie verspielen ja den letzten Rest Ihrer Glaubwürdigkeit, liebe GenossInnen der SPÖ. Also gendern Sie einmal vor Ihrer eigenen Haustür.

Es hat den Anschein, als ob die Roten ja wirklich ihr politisches Ende nahen sehen und dass sie jetzt noch einmal ganz rasch, ganz rasch kräftig und absolut ungeeignet in die Taschen der Wienerinnen und Wiener greifen wollen. Es macht ja wirklich den Eindruck, dass Sie hier ganz knapp, bevor es den Bach hinuntergeht, noch Ihre Schäfchen ins Trockene bringen wollen. Ihr Schäfchen wollen Sie ins Trockene bringen! Also das können Sie auch ungestört tun, weil ja hier der Koalitionspartner, die 24. Bezirksgruppe der SPÖ, alles nicht widerspenstig, sondern ja ganz willfährig hinnimmt und sich mit ein paar Posten und Privilegien ruhigestellt fühlt. Der Widerspenstigen Zähmung hat schon längst stattgefunden und die SPÖ als Privatisierungspartei kann weiter fuhrwerken, als gäbe es kein Morgen. Es hat ja die SPÖ schon alles privatisiert, was man nur privatisieren kann: Energie, Wiener Wohnen, Spitäler, sogar die Jugendbetreuung wurde privatisiert, die Parkbetreuung. Alles wurde hier in Privatvereine geparkt, wo natürlich rote Funktionäre sitzen und sich mit den Pfründen wohlfühlen. Und

wirklich auch weltweit fast einzigartig, das Wiener Sozialwesen wurde im Fonds Soziales Wien privatisiert. All das wurde privatwirtschaftlich organisiert.

Auch Kanal und Öffis wurden verleast, das berühmte Cross Border Leasing. Ich meine, dass Sie sich nicht schämen! Da ist der Gerichtsstand in New York, in New York ist der Gerichtsstand, die Verträge sind auf Englisch, werden nicht übersetzt und dürfen nicht einmal nach Österreich transportiert werden! Und so ein mieses Geschäft führen Sie vor den Augen der Wienerinnen und Wiener einfach ab, wo die Wiener Straßenbahnen im Eigentum von irgendwelchen dubiosen Fonds in New York sind? Das erkennt man ja an der Plakette, die in den Straßenbahnen vorhanden sind und wir haben nicht einmal das Recht, sie gegen neue auszutauschen! Das ist doch bitte ein Armutszeugnis für die SPÖ und ein Armutszeugnis für die Stadt Wien, dass hier fremde Fonds und Investmentfonds aus New York über unser Familiensilber verfügen können! Schämen Sie sich, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPÖ! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Oder der größte Sündenfall der letzten 20 Jahre waren ja in Wirklichkeit die 1,7 Milliarden EUR Erlös für die Zentralsparkassa, Wiener Eigentum, Wiener Familiensilber, Erlös 1,7 Milliarden EUR, die bitte von Herrn Bgm Häupl, der Stifter war, in eine Privatstiftung geparkt wurden. Öffentliches Eigentum wird in eine Privatstiftung geparkt, 1,7 Milliarden EUR. Was man mit diesem Geld alles machen könnte, investieren in Infrastruktur, in Bildung, unglaubliche Möglichkeiten gäbe es hier. Nein, man hat es in eine Privatstiftung geparkt. Es wurde von Bgm Häupl, den Stifter, Michael, der Stifter, 1,7 Milliarden EUR in eine Privatstiftung geparkt. Das ist eine lupenreine Privatisierung, aber das ist ja noch nicht alles. Diese 1,7 Milliarden EUR wurden nicht nur privatisiert, sie wurden verzockt, sie wurden verspekuliert, meine sehr geehrten Damen und Herren, verspekuliert! Von den 1,7 Milliarden EUR sind maximal noch 100 Millionen EUR übrig geblieben. Das hat der Bgm Häupl zu verantworten: Privatisiert und verspekuliert! Ich meine, sehr geehrten Damen und Herren, so ein Bürgermeister sollte sich eigentlich selbst privatisieren, weil wir jemanden brauchen, der wirklich für die Bürger da ist und nicht alles verscherbelt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und da will ich jetzt auch gar nicht von dem reden, was man so in diversen Kreisen, in wohlinformierten Kreisen hört, dass die AVZ-Stiftung, die Häupl-Stiftung, sich anscheinend an dem hochspekulativen Madoff-Fonds beteiligt hat, einer der weltweit größten Finanzskandale und Finanzkriminalfälle der letzten Jahrzehnte. Das hört man so, AVZ-Stiftung, Wiener Eigentum, beteiligt an dem hochspekulativen Madoff-Fonds, interessant, ja, interessant, zuerst privatisieren, verspekulieren und sich dann noch mit Wiener Eigentum an irgendwelchen Pyramidenspielen beteiligen. *(Heiterkeit bei GR Gerhard Kubik.)* Ich meine, geht's noch? Ich meine, Sie sind ja hier im Gemeinderat neu, aber Sie werden noch einiges hören. Na ja, es wird oftmals auch vor den eigenen Genossen verschwiegen oder es ist ja auch so ein gewisser Zweckoptimismus dabei, man ist ja eh nicht so böse.

Aber wirklich, schauen Sie mal, schauen Sie sich um, schauen Sie sich die Beschlüsse der letzten Jahre an, es wurde alles privatisiert, was nicht niet- und nagelfest ist, lieber Herr Kollege. Sie werden das genau merken. Wir Freiheitliche werden das offenlegen, schonungslos aufzeigen, offenlegen und eine lückenlose Aufklärung verlangen, weil wie kann es sein ... *(Beifall bei der FPÖ.)* Wie kann es sein, dass hier Privateigentum, nein, öffentliches Eigentum einfach mir nichts, dir nichts in Privateigentum umgewandelt wird und dann auch nicht einmal ein Gemeinderatsbeschluss gefasst wird? Das ist ja einfach unglaublich!

Und dann trauen Sie sich noch bei dieser Placebo-Volksbefragung vor einigen Wochen in Wirklichkeit eine ganz dreiste Unwahrheitskampagne hier auch aufzuführen und noch dazu eine Kampagne zur Stärkung der Verantwortung der öffentlichen Hand und der Daseinsvorsorge einzufordern. Die Plakate sind ja bekannt, die SPÖ schützt vor was auch immer, vor Enteignung oder vor Privatisierung. Ich meine, das ist ja eine reine Autosuggestion, eine Autosuggestion für Sie selbst, damit Sie jeden Tag auf der Straße Ihr rotes Plakat sehen „Die SPÖ schützt vor Privatisierung.“ Das reden Sie sich ja nur ein, Sie privatisieren ja mittlerweile schon alles. „Die SPÖ schützt vor Privatisierung.“ ist genauso wahr wie der Spruch „Die Erde ist eine Scheibe.“ Das wurde schon längst widerlegt. *(Aufregung bei GR Mag Thomas Reindl.)* Sie sind ja Opfer Ihrer eigenen Propaganda, Herr Kollege, und das ist ja wirklich an Dreistigkeit nicht zu überbieten.

Aber Sie haben ja auch eine ganz klare Antwort der Bürger bekommen: 87 Prozent der Menschen, 87 Prozent der Bürger, die zur Abstimmung gegangen sind klarerweise, viele waren es ja nicht, haben ein ganz klares Nein zum Privatisierungswahn der SPÖ und von Bgm Häupl gesagt. 87 Prozent, meine sehr geehrten Damen und Herren, 87 Prozent! *(Beifall bei der FPÖ.)* Aber Sie wollten ja mit Ihrer Kampagne die Bürger für dumm verkaufen! Und ich sag Ihnen eines: Die Menschen in dieser Stadt sind nicht dumm, obwohl Sie das vielleicht gerne hätten. Das merkt man ja auch an Ihrem Bildungssystem, das ja sukzessive heruntergefahren und heruntergewirtschaftet wird. Sie wollen anscheinend den dummen Bürger, der von Ihren Pfründen und Sozialzahlungen abhängig ist. Das wollen Sie. Aber Sie verspielen in Wirklichkeit die letzten Reste Ihrer Glaubwürdigkeit. Ich sag Ihnen eines: Die Gründerväter der SPÖ würden sich im Grabe umdrehen, wenn sie mitbekommen würden, was Sie hier und heute und in den letzten Jahren aufgeführt haben, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es ist ja auch sehr interessant, da hat die SPÖ-Ottakring unlängst auch ein Taferl angebracht, beworben mit einem sehr interessanten Spruch. *(StR DDr Eduard Schock übergibt dem Redner ein Plakat.)* Danke sehr. *(Der Redner zeigt das Plakat.)* „Water makes money.“ Da hat die SPÖ-Ottakring wieder einen Film gezeigt, das find ich ganz toll, immerhin ein gewisser Bildungsauftrag wird ja erfüllt, immerhin, ist ja nicht schlecht. Die SPÖ-Ottakring *(Heiterkeit bei GR Mag Rüdiger Maresch.),* der

Heimatbezirk des Bgm Häupl, hat hier eine öffentliche Filmvorführung gegen die Privatisierung von Wasser veranstaltet und hat eben für diese Veranstaltung auch mit dem Titel „Water makes money.“ geworben, also ein sehr interessanter Spruch. Das ist anscheinend hier auch das Motto der SPÖ-Wien im Wiener Rathaus. Schauen Sie sich dieses Plakat nur in Ruhe an, weil water makes anscheinend wirklich money, zumindest das Wasser, das noch öffentlich ist, ist um 33 Prozent teurer. Da werden einmal die Schuldenlöcher gestopft, also „Water makes money.“ Aber die Frage ist ja nur, für wen es money makes, das Wasser. „Water makes money.“ anscheinend auch für einen dubiosen australischen Pokerspieler, der sich eine goldene Nase daran verdient, dass der Herr Häupl eine Quelle in Wildalpen, die Quelle Seisenstein, privatisiert hat. *(Weitere Heiterkeit bei GR Mag Rüdiger Maresch.)* Daran verdient sich ein australischer Pokerspieler, ein Zocker, eine goldene Nase, dass der Herr Häupl eine ganze Wiener Hochquellwasserleitungsquelle privatisiert hat.

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, „Water makes money.“, die Frage ist nur, für wen. 1,2 Millionen EUR will der Herr australische Pokerspieler Steicke heuer umsetzen, 1,2 Millionen EUR, und das für einen lächerlichen Bettel von 51 000 Schilling pro Jahr für die Wiener Stadtkasse, 51 000 Schilling pro Jahr, 3 700 EUR, das ist wirklich interessant. Dem Ganzen liegt ein Pachtvertrag zugrunde, ein Pachtvertrag. Und da haben wir Freiheitliche ja aufgedeckt ... *(GR Mag Rüdiger Maresch: Aber das stimmt ja nicht!)* Es ist ein Pachtvertrag. Aber wenn man sich diesen Pachtvertrag genauer anschaut, und das versteht vielleicht sogar der Herr Maresch, wenn er sich einmal mit der Sache genauer beschäftigt, wovon ja *(Aufregung bei GR Mag Rüdiger Maresch.)* meistens nicht auszugehen ist, dann steht genau drinnen: „Die Wasserrechte dürfen an Dritte weitergegeben werden.“ Sie dürfen an Dritte weitergegeben werden! Der Pachtvertrag ist de facto unbefristet, er ist de facto unbefristet. Es steht drinnen: „Der Zweck der gewerblichen Nutzung ist ausdrücklich erlaubt.“ - natürlich mit dem Einverständnis des ehemaligen Eigentümers. Das Einverständnis hat es gegeben. Der Bgm Häupl hat sein Einverständnis für die gewerbliche Nutzung und für die Weitergabe an Dritte gegeben. Das Gutachten sagt ja ganz eindeutig: „Die Quelle wurde an Dritte weitergegeben und wird auch gewerblich genutzt.“ Da sagt das Gutachten ganz klar, das ist eine wirtschaftliche Privatisierung, weil das wirtschaftliche Eigentum weitergegeben wurde, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das wirtschaftliche Eigentum wurde übertragen. Gab es dafür einen Gemeinderatsbeschluss? Ich kann mich nicht daran erinnern. Es gab keinen Gemeinderatsbeschluss. Das ist eine ganz, ganz dreiste Privatisierung am Volk vorbei und an den Volksvertretern vorbei. Dafür muss der Herr Bgm Häupl geradestehen. Dafür werden wir ihn zur Rechenschaft ziehen, die Bürger und wir Freiheitliche gemeinsam! *(Beifall bei der FPÖ. – Heiterkeit bei GR Mag Rüdiger Maresch.)*

Aber einen ... Herr Maresch findet ja immer alles ganz lustig, ist ein lustiger Geselle *(Weitere Heiterkeit bei*

GR Mag Rüdiger Maresch.), wir wissen das, aber der Herr Bgm Häupl ... Also einen Gemeinderatsbeschluss hat es schon gegeben. In Wildalpen hat es schon einen Gemeinderatsbeschluss gegeben, nämlich in derselben Sitzung, wo der Anteil in die GmbH eingebracht wurde, nämlich die Wasserquelle in die GmbH eingebracht wurde, hat natürlich der Bgm Häupl die Ehrenbürgerschaft von Wildalpen bekommen. Da sieht man ja, eine Hand wäscht die andere, die Frage ist nur, ob mit dem öffentlichen Wasser oder mit dem privatisierten Wasser. Darüber lässt sich streiten. Man sieht also, das, was wir Freiheitliche vor ein paar Wochen aufgedeckt haben, ist ein ganz großer Skandal, und wir werden nicht locker lassen, hier Licht ins Dunkel zu bringen. Wir werden das Kontrollamt auffordern, hier auch eine Prüfung durchzuführen. Wir werden auch noch weitere Schritte unternehmen, damit hier einmal ganz klar offengelegt wird: Was steckt dahinter? Was bringt das eigentlich der Gemeinde Wien, pro Jahr für eine ganze Quelle 51 000 Schilling zu bekommen, damit sich ein dubioser Pokerspieler eine goldene Nase verdienen kann? Bitte, ich möchte jetzt hier keine Verdächtigungen äußern. Die Bürger denken sich schon ihren Teil. Aber es besteht schon einmal allein der milieubedingte Verdacht der illegalen Parteienfinanzierung. Und auch da werden wir Licht ins Dunkel bringen, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)* Da werden wir nicht locker lassen.

Die Frage ist ja, Sie müssen jetzt einmal das Gegenteil beweisen. Erstens einmal war ganz klar, der Herr Maresch sitzt ja, glaube ich, im Umweltausschuss. Es wurde dort gesagt, dass die Mitarbeiter der Gemeinde Wien, die dort die Güter auch pflegen und in Wildalpen tätig sind, natürlich seitens der Gemeinde Wien bezahlt werden. Auf Anfrage des Kollegen Guggenbichler, ob auch die Mitarbeiter der Gemeinde Wien genau bei dieser Quelle Seisenstein ihren Dienst verrichten, hat es seitens der Frau Stadträtin geheißen: Nein, sie tun es natürlich nicht. Das wäre wohl noch schöner. Aber die Antwort zeigt auch eindeutig im Umkehrschluss, dass genau dieser Teil privatisiert wurde, weil sonst ja die Mitarbeiter der Gemeinde Wien, der MA 31, sich auch um diesen Fleck in Wildalpen kümmern würden. Jetzt schauen Sie ganz verstohlen in Ihre Unterlagen, auch sehr eigenartig *(Heiterkeit bei den GRen David Ellensohn und Mag Rüdiger Maresch.)*. Das ist ja der Umkehrschluss Die Frau Sima hat zugegeben *(Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.)* dass die Quelle Seisenstein privatisiert wurde. Also bitte, welchen Beweis braucht es noch, Frau StRin Sima? Welchen Beweis braucht es noch? Sie geben es ja mittlerweile auch schon hinter vorgehaltener Hand zu, und das wirtschaftliche Eigentum ist weg. Erklären Sie mir rein rechtlich eines: Wie wollen Sie einen eingebrachten Anteil in eine GmbH, in eine Kapitalgesellschaft, wieder aussondern? Wie geht denn das? Wie geht das? Es ist nicht mehr möglich. Angenommen, die Gesellschaft ist insolvent, bei 2,5 Millionen EUR negativem Eigenkapital deutet ja auch einiges darauf hin, und es wird gepfändet. Dann verliert die Gemeinde Wien endgültig die Quelle Seisenstein in

Wildalpen. Das ist ja wirklich unglaublich, wie unverantwortlich Sie mit dem Eigentum der Wienerinnen und Wiener umgehen! Das wird ein Nachspiel haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, das wird spätestens 2015 ein Nachspiel haben! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sie verzocken ja das Familiensilber der Wienerinnen und Wiener, egal wo, auf den internationalen Börsen, Sie verzocken es mit den Quellen des Wiener Hochschwab, Sie verzocken es in den Nobelsupermärkten, wo das Wiener Leitungswasser als Nobelwasser um 1,40 EUR pro halben Liter verkauft wird. Die Wienerinnen und Wiener haben überhaupt nichts davon. Ich sage, diese sozialistische Miss- und Freunderlwirtschaft muss ein Ende haben. Das gehört abgestellt! Das muss ein Ende haben im Sinne der Bürger! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sie kennen ja das rote PPP-Projekt: Privatisierungen, Postenschacher und Privilegien. Das ist das rote PPP-Projekt für Wien, und der Bürger hat überhaupt nichts davon. Eine Enteignung findet durch die massive Gebührenerhöhung der letzten Jahre statt. Das rote Raubrittertum in Reinkultur zieht hier durch die Lande. Die Armut steigt. Wir haben hier ja anscheinend ein sehr interessantes Konzept der SPÖ: Kommunismus, Planwirtschaft unten bei den Bürgern, da wird enteignet ohne Ende, und Turbokapitalismus oben bei Ihnen selbst, wo Sie sitzen. Da privatisieren Sie an allen Ecken und Enden. Das wird ganz sicherlich in die Bücher der Politikwissenschaften eingehen: Kommunismus unten, *(Aufregung bei GR Mag Rüdiger Maresch.)* Kapitalismus oben, ein neues Modell, erfunden vom Bgm Häupl und der SPÖ. Gratulation, meine sehr geehrten Damen und Herren! Und die Opfer sind die Wiener Bürger, das steht jetzt schon fest. *(Beifall bei der FPÖ. – Aufregung bei der SPÖ.)*

Sie lagern ja alles aus, was es nur zum Auslagern gibt. Sie privatisieren alles, was es zum Privatisieren gibt. Der Hauptzweck dieser Privatisierungen ist ja im Endeffekt nur der eine: Sie wollen alle Schulden verstecken, Sie wollen die Leichen im Keller verstecken, damit die Bürger und der Gemeinderat keinen Einblick mehr haben. Sie fuhrwerken ja wirklich, als gäbe es kein Morgen und geben alles aus der Kontrolle des Gemeinderats ab. Sie selber haben ja keinen Einblick mehr, Sie selber wissen ja gar nicht mehr, was sich hier abspielt. Die Frau Brauner soll schon längst die Kontrolle über die Wien Holding und die Wiener Stadtwerke Holding verloren haben. Da haben in Wirklichkeit Parteigänger der SPÖ das Ruder übernommen, die sich hier sehr, sehr gut in den ganzen GmbHs eingerichtet haben. 365 GmbHs soll es als Tochterfirmen allein der Wien Holding geben, 365 GmbHs sind es im Firmengeflecht allein auf der ersten Ebene! Und was darunter versteckt ist, welche Minen dort noch schlummern, das können wir nur erahnen. Ich sage, legen Sie endlich die Karten auf den Tisch, legen Sie den Schuldenstand, legen Sie die Finanzgebarung dieser Firmen endlich auf den Tisch!

Wir bringen heute, um diesem Wahnsinn auch ein Ende zu bereiten, einen Beschlussantrag ein, dass die Wiener Stadtwerke Holding und auch die Wien Holding wieder in den Schoß der Stadt zurückzuholen sind, dass sie wieder unter die Kontrolle des Gemeinderats zurück-

zuholen sind, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*) Wir verlangen in formeller Hinsicht natürlich die sofortige Abstimmung.

Ich sage: Werte Genossen, geben Sie das Eigentum der Bürger in dieser Stadt endlich an die Bürger zurück! Machen Sie die ganzen Privatisierungen rückgängig, machen Sie die Privatisierungen endlich rückgängig! Man hat ja oft den Eindruck, die SPÖ betrachtet sich als Eigentümer der Stadt Wien und des Familiensilbers der Stadt Wien. Das kann es ja wohl nicht sein. Der Herr Häupl ist kein Feudalherr, auch wenn er es vielleicht glaubt. Er ist es nicht.

Wir werden auch die Throne dieses Feudalherrn noch stürzen, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ.*) Dafür werden wir sorgen, weil wir Freiheitliche sind die Heimatpartei (*Heiterkeit bei GR Mag Rüdiger Maresch.*) und wir sind nicht nur verpflichtet, sondern auch vom Bürger aufgerufen und beauftragt, die Heimatrechte und auch das Eigentum der Bürger in Zukunft sicherzustellen und alles aus den Fängen der SPÖ wieder herauszureißen und an die Bürger dieser Stadt zurückzugeben! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Für die nun folgenden Wortmeldungen möchte ich bemerken, dass die Redezeit für die erste Runde nach der Begründung des Verlangens 30 Minuten beträgt. Die Redezeit jedes weiteren Redners ist mit 15 Minuten begrenzt. Als nächster Redner hat sich Herr GR Mag Neuhuber zum Wort gemeldet und ich erteile es ihm.

GR Mag Alexander **Neuhuber** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist gar nicht leicht, nach dieser Kaskade von Vorwürfen jetzt wieder zur Sachlichkeit zurückzukommen. Ich habe eigentlich auf Grund des Titels gehofft, dass wir uns heute vernünftig und sachlich über ein interessantes Thema, nämlich Privatisierungen, unterhalten könnten und ich werde dann auch versuchen, es wieder ein bisschen darauf zurückzuführen. Was heute schon wirklich fast einmalig ist an dieser Debatte, Kollege Gudenus, und das habe ich noch selten in diesem Haus erlebt, ist diese Einigkeit zwischen Links, Links außen und Rechts. Sie wissen, wer in Deutschland der große Betreiber der Debatte ist, Rekommunalisieren statt Privatisieren? Die Linke. Bitte nachlesen, etwa die Bundestagsfraktion der Linken und deren Forderungen. Das deckt sich ziemlich genau mit dem, was Sie heute gesagt haben. Also das wundert mich ein wenig. Wir sind uns allerdings, das möchte ich natürlich auch gleich dazusagen, in der Diagnose einig. Es läuft unfassbar viel schief bei den Ausgliederungen, bei den Unternehmungen, bei den Fonds, bei den Stiftungen, bei den Betrieben der Stadt Wien. Es handelt sich um Quasi-Privatisierungen, um Scheinprivatisierung, und ich möchte eine neue Wortschöpfung machen, um eine oligopolartige Privatisierung, weil nur einige wenige aus dem Dunstkreis aus der SPÖ, Günstlinge, Höflinge, von diesen Quasi-Privatisierungen - siehe die ganzen Vereine und Aufsichtsräte, wir brauchen uns nur die Strukturen anzuschauen - profitieren. Aber das heißt nicht, und deshalb sind wir so in der Be-

handlungsmethode mit Ihnen nicht eins, dass Privatisierung per se etwas Schlechtes ist, ganz im Gegenteil. (*Beifall bei der ÖVP.*) Wenn wir es wirklich privatisieren würden, dann hätten diese Missstände ein Ende. Das heißt, leider können wir Ihnen auch bei Ihren Anträgen heute nicht folgen, weil wir glauben, dass es sogar kontraproduktiv wäre und à la longue zu einer Verschlimmerung der Situation führen würde, wenn wir alle diese Betriebe und Unternehmungen wieder in den Magistrat zurückführen würden. Die Freunderlwirtschaft wird halt auf einer Ebene fröhliche Urstände feiern. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Kontrolle!*) Ja natürlich, Kontrollrechte werden vielleicht ein bisschen mehr. Aber glauben Sie denn wirklich, wenn wir das alles wieder in den Magistrat zurückholen, dass sich da irgendetwas bessert? Das Einzige, was Besserung verspricht, und da bin ich wieder bei der Behandlungsmethode, ist eine echte Privatisierung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Lassen Sie mich ein bisschen über das Thema Privatisieren allgemein reden. Ich glaube, das ist eine ganz essenzielle Frage, wie man die Gesellschaft organisieren soll. Wer soll was leisten? Wollen wir einen starken Staat auf der einen Seite oder wollen wir mehr Eigenverantwortung? Wie werden die Rechte und Pflichten des Einzelnen und wie werden die Leistungen des Staates geregelt? Auf der einen Seite haben wir das Modell einer ökosozialen Marktwirtschaft mit möglichst viel Eigenverantwortung, dafür stehen wir. Auf der anderen Seite steht das Modell der alles beherrschenden Kommune, die alle Lebenslagen und Lebensinhalte durchdringt. Dabei müsste man doch gesehen haben, und das habe ich auch schon öfter an dieser Stelle gesagt, dass der real existierende Sozialismus in allen Modellen, die es gegeben hat, sei es Ostblock, sei es DDR, et cetera gescheitert ist. Wir können es heute noch in Kuba sehen oder in Nordkorea, was das wirklich bedeutet. Wir haben heute auf der Welt verschiedenste Wirtschaftssysteme, nicht mehr ganz eindeutige, nicht nur Kapitalismus oder Kommunismus und Planwirtschaft. Wir haben sehr viele verschiedenste gemischte Systeme. Wir haben sogar fundamental religiöse. Wir haben eine interessante Mischung zwischen Marktwirtschaft und Planwirtschaft in China und, und, und. Ich möchte gar nicht verschweigen, zweifellos läuft auch mit unseren derzeitigen marktwirtschaftlichen Systemen in den USA und in Europa nicht alles rund, weil die Marktwirtschaft teilweise von ihrer Kernaufgabe entfremdet wurde und zum Teil auch verformt wurde. Das heißt aber nicht, meine Damen und Herren, im Schluss, dass die soziale Marktwirtschaft gescheitert ist. Wir müssen sie nur zu ihrem Kern zurückführen. Immerhin haben wir in Europa, vergessen wir das nicht, den größten Wohlstand aller Zeiten, den es jemals auf diesem Kontinent gegeben hat. Und ich weiß schon, wir werden heute nicht ausdiskutieren, wie weit die Rolle des Staates oder der Kommune letzten Endes gehen muss. Hier prallen schlicht und einfach weltanschauliche Modelle aufeinander und vor diesen ist natürlich auch die Privatisierungsdebatte in Wien zu sehen.

Die Gründe für die Privatisierungen sind ja, wie ich schon eingangs sagte, das Subsidiaritätsprinzip, die

Hoffnung auf Effizienzgewinnung und letzten Endes auch eine Flexibilisierung für die ausgegliederten Unternehmen. Es gibt glückliche und es gibt unglückliche Fälle von Privatisierungen und es gibt im gesamten europäischen Raum weniger gut und gut gemanagte kommunale Stadtwerke. Die Sache ist, eine goldene Formel für Privatisierungen gibt es nicht. Es ist mir wichtig, auch einmal klarzustellen, dass die Wiener VP nicht für eine uneingeschränkte und unkontrollierte Privatisierung von Betrieben oder kommunalen Einrichtungen insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge eintritt. *(Beifall bei der ÖVP.)* Aber das Thema Privatisierung immer nur auf das Wasser zu reduzieren, das ist mir zu billig, meine Damen und Herren. Übrigens, beim Thema Wildalpe, das ist ja auch interessant, war ein kleiner Widerspruch in deiner Rede, lieber Kollege Gudenus. Auf der einen Seite sagst du „Water makes money, in this specific case water doesn't make any money.“ In diesem Fall macht ... *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Natürlich gibt es einen Gewinn! – GR Mag Dietbert Kowarik: Gewinn gibt es immer!)* Nein, nein, es gibt dort keinen Gewinn, du hast es ja dann später gesagt. Die Firma hat ein negatives Eigenkapital, sie hat ungefähr 200 000 Betriebsverlust, also profitabel ist die Geschichte bis jetzt noch nicht. Ich wollte nur diesen kleinen Widerspruch aufklären. Dennoch, es würde mich auch persönlich und meine Fraktion unendlich interessieren, wie es eigentlich zu diesem Pachtvertrag gekommen ist? Also das ist ein Thema, mit dem sollten wir uns schon auseinandersetzen. Aber bleiben wir bei der Wahrheit, sagen wir es nicht populistisch „Water doesn't make money.“, dort jedenfalls bisher. *(Beifall bei der ÖVP und von GR Johann Herzog)*

Beim Beispiel Berlin zum Beispiel, das wisst ihr alle wahrscheinlich, da haben sich private Unternehmen an der Wasserversorgung beteiligt und als häufiger Berlin-Besucher kann ich euch sagen, das Wasser fließt dort nach wie vor aus den Wasserhähnen und es ist ebenso fast ähnlich gut trinkbar wie in Wien. *(GR Johann Herzog: Wird rückabgewickelt! Wird rückabgewickelt, Herr Kollege! Wird rückabgewickelt!)* Ebenso gibt es positive Beispiele für Müllentsorgung und andere Fälle. In Deutschland zum Beispiel haben 75 Prozent der Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern echte Privatisierungen im Bereich der Daseinsvorsorge durchgeführt. Und 87 Prozent dieser Kommunen beurteilen die Ergebnisse der Privatisierung positiv. Das ist keine Studie der Wiener ÖVP-Fraktion, sondern eine Studie von Ernst & Young in der Bundesrepublik. Ich verschließe mich nicht dem Argument, dass überhaupt, wie die Wirtschaftskrise gezeigt hat, eine solide Beteiligung der Kommune an der Daseinsvorsorge auch das Rückgrat für die Aufrechterhaltung dieser Dienstleistung bilden kann. Aber dennoch glaube ich, dass es vernünftig ist, in vielen Bereichen private Beteiligungen zuzulassen. Das war übrigens auch einer der Gründe für die formelle Privatisierung der Wiener Stadtwerke als Kapitalgesellschaft, private Beteiligungen zuzulassen. Ein bisschen Durchlüften im Sinne von Privatbeteiligungen würde uns in Wien wahrlich nicht schaden. Aber es kann dabei nicht sein, dass die Wiener SPÖ bestimmt, was eine gute Beteiligung in ihrem Sinne

ist und was eine schlechte Beteiligung ist. Wobei Sie ja, das muss man ja auch einmal dazusagen, das Wort Privatisierung an sich schon scheuen und nicht einmal das Wort Ausgliederung hören wollen.

Rein formal gesehen, das habe ich mir auch einmal am Wochenende genau angeschaut, ist nach der Begriffsbestimmung aber etwa auch eine Ausgliederung wie die Wiener Stadtwerke, Umwandlung in eine neue Rechtsform, eine Art der Privatisierung, nämlich eine sogenannte formelle Privatisierung im Gegensatz zur materiellen oder funktionalen. Man kann also bei der Ausgliederung der Wiener Stadtwerke sehr wohl von einer Privatisierung reden, meine Damen und Herren. Fürchten Sie sich nicht vor dem Wort, nehmen Sie es einmal in den Mund! Sie werden sehen, es passiert Ihnen nichts Schreckliches dabei. Das aber nur so am Rande. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Natürlich haben wir ein Problem mit dem Thema Kontrolle. Da bin ich wieder bei dem eingangs Gesagten, bei der oligopolartigen Form der Privatisierung. Wir haben so etwas wie hybride Privatisierungen. Formal sind sie zwar ausgegliedert, aber tatsächlich haben noch immer die SPÖ-Wien und ihre Hofschlar darüber Kontrolle. Es gibt auf der ganzen Welt Diskussionen über die Absicherung der Einwirkungsmöglichkeit von Kommunen bei Ausgliederungen. Die Steuerung und die Kontrolle durch die kommunalen Organe dürfen nicht durch das Gesellschaftsrecht unterlaufen werden und man darf sich nicht immer hinter dem Gesellschaftsrecht verstecken. Das haben wir ja hier in diesem Haus schon sehr oft gehört.

Andererseits dürfen die Rechte des Gemeinderates auch nicht ein Hineinregieren des Gemeinderates in das kommunale Unternehmen bedeuten, weil sonst brauchen wir es gleich gar nicht auszugliedern oder zu privatisieren. Zur Ausgliederung und Privatisierung öffentlicher Aufgaben und Dienste zählen in vollem Umfang auch die Inanspruchnahme von Einzelpersonen, von Stiftungen, von Verbänden und Vereinen für die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben. Also wieder bin ich beim Thema. Nehmen Sie das Wort Privatisierung ruhig einmal in den Mund. Das, was Sie mit der Übertragung von Aufgaben im sozialen und im kulturellen Bereich in Vereine machen, ist nichts anderes als eine lupenreine Privatisierung, und zwar nach wissenschaftlicher Meinung und Lehre, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

All das reduziert in erheblichem Maß unsere politische Steuerungsfunktion und die Kontrolle der demokratischen Organe, und immer weniger kommunale Aufgaben verbleiben beim Kern der Selbstverwaltung. Wie gesagt, in der Diagnose sind wir uns einig, nur, wir haben ganz andere Behandlungsmethoden. Die ÖVP wird hier demnächst einige sehr innovative und neue Vorschläge machen, wie das gesamte Beteiligungsmanagement der Stadt Wien unserer Meinung nach besser zu organisieren wäre.

Das Thema Flughafen wurde im Sinne der 20-Prozent-Beteiligung der Stadt Wien am Wiener Flughafen auch schon angesprochen, weil die jetzt, wie zu Recht hier moniert wurde, an die Wien Holding übertra-

gen wurde. Ja, formell, rechtlich ist es gedeckt, das stimmt schon. Ich kann auch lesen und ich habe mir den Gemeinderatsbeschluss von 2003 durchgelesen. Aber nicht alles, was rechtlich gedeckt ist, ist auch moralisch gut, meine Damen und Herren. Ein derartiger Vermögensbestandteil wie dieser 20-Prozent-Anteil ist nicht nur im Sinn von pekuniär bedeutend, sondern für die gesamte Wirtschaftsregion Wien und Niederösterreich von eminenter Bedeutung. Den einfach so mir nichts, dir nichts still und heimlich von einem Gefäß in das andere zu verschieben, ohne den Gemeinderat und ohne damit den Wähler zu befassen, meine Damen und Herren, ist schon, und ich will nicht zu überspitzt formalisieren, aber ich halte es für dreist, auch wenn es formal gedeckt ist. Und die Frage, die sich uns jetzt natürlich stellt, ist: Warum denn jetzt diese Übertragung? Warum? Warum dieser Zeitpunkt? Und warum nicht die Übertragung anderer Anteile? Ich werde, wie gesagt, mich einmal zu einer anderen Stunde mit weiteren Beteiligungen beschäftigen und dann können wir darüber diskutieren, warum gerade der Flughafen und nicht andere. Ich vermisste, so viel lassen Sie mich vorgreifen, die Strategie in dem Beteiligungsmanagement und ich vermisste zutiefst eine Struktur. Wo sind die Beteiligungen, die Gewinne machen sollen? Wo ist die Daseinsvorsorge, die für die Basisaufgaben der Stadt und der Bürger notwendig ist? Das ist alles hier eine Mischform, da ist nichts stringent, da ist nichts strukturiert.

Die GRÜNEN haben vor zehn Jahren bei dieser Diskussion, der Kollege Margulies, einen Antrag eingebracht, Wien Holding damals. Ich möchte den heute noch einmal einbringen und zwar genau mit eurem Beschlusstext. *(Heiterkeit bei den GRÜNEN.)* Ich meine, ein paar Wörter hätte ich vielleicht ausgelassen *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Herr Kollege, rechts und links!)* Ich hätte ein paar Wörter ausgelassen, aber trotzdem, wir bringen diesen Antrag noch einmal ein. Es geht um die Konzepterstellung für Beteiligungen der Stadt Wien. Es geht um Konzeptstellungen der Wien Holding. Der Stadtrat soll ein entsprechendes Konzept präsentieren, soll regelmäßig berichten, et cetera. Du wirst es ja nachgelesen haben, du kennst den Antrag. Es würde uns sehr freuen, wenn ihr heute eurem zehn Jahre alten Antrag beitreten könntet, liebe Kollegen. *(Beifall bei der ÖVP und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Und weil wir gerade bei der Wien Holding sind, lassen Sie uns doch kurz einmal bei der Wien Holding verweilen. Ich möchte Ihnen einen Auszug aus dem Geschäftsbericht der Wien Holding vorlesen. Überschrift: „Stabile positive wirtschaftliche Entwicklung. Die Wien Holding konnte auch im Jahr 2011 wieder ein sehr erfolgreiches Geschäftsjahr verzeichnen. Das lässt sich nicht nur an der Ausweitung der Aktivitäten feststellen, sondern auch daran, dass die relevanten betriebswirtschaftlichen Indikatoren einen klaren Wachstumstrend zeigen.“ Klingt gut, muss ich sagen, da freue ich mich als Wiener Bürger, als Wiener Politiker, dass es der Wien Holding so gut geht und dass sie so erfolgreich ist. Haben Sie sich einmal den Geschäftsbericht und die Bilanzen der Wien Holding genauer angesehen? Ich habe es. Umsatz

der Gruppe 2010: 124 Millionen EUR, 2011: 117 Millionen EUR - ist ein klarer Wachstumstrend, ja. EGT 2011: minus 22 Millionen EUR, EGT 2010: plus 168 Millionen EUR - muss ich sagen, ist ein klarer Wachstumstrend *(GR Mag Dietbert Kowarik: Stabilität!)*. Interessant dabei ist, dass beim EGT in den Jahren 2003 bis 2011 nur zwei Mal ein positives, sonst immer ein negatives Ergebnis erzielt wurde, und auch der Cashflow war bis auf zwei Jahre immer negativ. So etwas nennt die Wien Holding und damit die SPÖ-Wien eine stabile wirtschaftliche Entwicklung! Das ist Ihre Vorstellung von Prosperität in Unternehmen! *(Beifall bei der ÖVP.)* Das kommt heraus, wenn ein Unternehmen, ein Stadtkonzern wie die Wien Holding, wie es in Deutschland heißt, oligopolistisch geführt wird, meine Damen und Herren! *(GR Mag Dietbert Kowarik: Es geht stabil nach unten!)* Das Einzige, was kontinuierlich steigt, sind die Beschäftigungszahlen. Na, das war klar. Bilanzsumme fast 721 Millionen EUR, Verbindlichkeiten schlappe 285 Millionen EUR, Bilanzgewinn nach Auflösung von Kapital- und Gewinnrücklagen - wir haben ja gerade gehört, EGT minus 22 Millionen - 282 000 EUR. Das für diesen riesigen Konzern, meine Damen und Herren! Wenn das ein riesen privatwirtschaftlicher Erfolg ist, dann weiß ich nicht mehr. Stellen Sie sich vor, was in einer Kapitalgesellschaft bei der Generalversammlung los wäre, wenn ein Generaldirektor dieses Ergebnis präsentieren müsste! Da wäre Feuer am Dach! Aber die Stadt Wien nennt das eine positive wirtschaftliche Entwicklung! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Kollegin Rothauer hat vor zehn Jahren in dieser Debatte einmal gesagt, dass sich die Wien Holding zu einem Moloch entwickelt. Das hat sich, würde ich sagen, noch bestätigt. Auf jeden Fall ist sie ein großer Konzern geworden. Und auch dort bei der Wien Holding fehlen mir das System, die Strategie und das Bekenntnis zur Gewinnerorientierung. Wenn wir sie schon ausgliedern und in eine GmbH umwandeln, in eine Kapitalgesellschaft, dann muss sie auch eine klare Gewinnerorientierung haben. Die Wiener ÖVP hat dann damals in dieser Debatte noch erwähnt, abgesehen von den Punkten, die der Kollege Margulies in seinem Antrag eingebracht hat, dass wir uns auch anschauen sollten, ob diese Unternehmensbeteiligungen der Stadt Wien überhaupt noch sinnvoll wären. Von Kleinanteilen bis zu 100 Prozent ist ja alles gemischt.

Ich möchte aber noch einen zweiten Antrag einbringen, deshalb haben wir ihn auch nicht mit dem Margulies-Antrag verschmolzen, und zwar betreffend Durchforstung und Evaluierung der Beteiligungen der Stadt Wien. Wir möchten in diesem Antrag, dass sämtliche direkte und indirekte Beteiligungen der Stadt Wien an Unternehmen evaluiert werden, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich komme noch einmal zurück zu dieser Generalbevollmächtigung aus dem Jahre 2003. Wie ich schon ausgeführt habe, ich halte sie für schädlich. Ich halte es für unredlich, wenn große Vermögensbeteiligungen auf Grund dieser alten Generalbevollmächtigung am Gemeinderat vorbeigeschummelt werden. Deshalb stellen

wir auch einen Antrag mit dem Kollegen Aichinger und Ulm gemeinsam, dass diese Generalbevollmächtigung zur Übertragung von Anteilen aufgehoben wird und alle Vermögensübertragungen dem Gemeinderat und dem Ausschuss vorzulegen sind. Ich darf alle drei Anträge dem Herrn Vorsitzenden gleich in einem übergeben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es geht also nicht nur um die Frage, mehr Staat oder mehr Privat, sondern es geht auch, selbst wenn wir uns auf ein gesundes Mittelmaß einigen könnten, was zwischen diesen beiden Polen eh schon schwierig genug ist, um die Frage der Organisation. Und genau in dieser Organisation und in der Strategie der Beteiligungen steckt noch irrsinnig viel Potenzial, das es zu heben gilt. Aber selten, und das weiß ich aus langer Erfahrung, wird das Thema Privatisierung kommunaler Dienstleistungen sachlich und problembezogen diskutiert. Oft werden nur vorgetäuschte Argumente gewechselt und Ideologien vorgetragen. Ideologie bestimmt anstelle von Reflexion, Argumentation und Differenzierung. Das finde ich gerade bei so einem heiklen wirtschaftlichen Thema schade. Wir sollten wirklich alle ohne Scheuklappen und ideologische Einzementierung an dieses Thema herangehen und sachlich bewerten, was sinnvoll ist. Der Deutsche Städtetag hat Thesen zum Thema Privatisierung aufgestellt, das können Sie im Internet nachlesen, wenn Sie es googeln. Das Fazit des Deutschen Städtetages war: „Die pauschale Annahme, dass privatwirtschaftliche Modelle immer die schnelleren, leistungsfähigeren und kostengünstigeren Wege zur Aufgabenerfüllung bilden, ist ebenso unzutreffend wie die Auffassung, dass nur die öffentliche Aufgabenerfüllung die allein richtige Lösung für den Bürger sei.“ Lassen Sie uns gemeinsam, wie gesagt, fernab von Ideologien, sachlich an diesen Lösungen arbeiten, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet hat sich Herr GR Dipl.-Ing Margulies und ich erteile es ihm.

GR Dipl.-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Ich möchte mich zunächst einmal tatsächlich für die sachliche Rede des Kollegen Neuhuber bedanken. Das ist in diesem Haus seitens der Opposition unüblich geworden, vor allem die FPÖ war ja grenzwertig. Aber wirklich danke, auch wenn ich manche Punkte anders sehe als Sie. *(GR Mag Wolfgang Jung: Sachlich!)* Aber die sachliche Auseinandersetzung werde ich gerne aufnehmen und vielleicht mit einem kleinen Bonmot einleiten. Heute in der Früh als ich die Anträge der ÖVP gelesen hab', komm' ich rein zu meinem Klubobmann und sag', he, gar nicht so blöd diesmal, zumindest der eine Antrag von der ÖVP, was machen wir damit? Und jetzt sagen Sie mir, es ist mein eigener. Ich hab' tatsächlich nicht nachgesehen. *(Heiterkeit bei ÖVP und GRÜNEN.)* Nichtsdestoweniger ist es wahrscheinlich müßig, Ihnen zu erklären, wie eine Koalition funktioniert. *(GR Mag Wolfgang Jung: Die depperte eigene Ideologie! – GR Mag Rüdiger Maresch: Geh bitte!)* Kollege Jung, wie

üblich qua, qua, qua aus der Bank, soll er, ist nicht mein Problem. Ich erklär's Ihnen. Ich weiß und ich bin froh darüber, dass selbst die letzte freiheitliche Regierungsbeteiligung jetzt der Vergangenheit angehört. Es war auch für dieses Land notwendig und gut *(Beifall bei den GRÜNEN.)*, insbesondere für Kärnten, weil wir können über alles, was Wien betrifft, sachlich diskutieren. Wenn man über Kärnten sachlich diskutiert, wird man nicht mehr fertig mit dem Millionen- und Milliardengrab, das dort geschaufelt wird, und dafür war eine einzige Partei verantwortlich, und das war die FPÖ. Passt. *(Aufregung bei GR Mag Johann Gudenus, MAIS.)*

Aber kommen wir zurück, Sie wissen, wie eine Koalition funktioniert. Hätten Sie ernsthaft Interesse gehabt, dass wir gemeinsam versuchen - und ich steh' immer noch zu dem, was in meinem Antrag drinnensteht, das sag' ich ganz bewusst dazu -, Sachen zu verändern, hätten wir auch früher drüber reden können. Wir hätten gerne den Ball aufgenommen. In diesem Sinne verspreche ich Ihnen schon jetzt eine sachliche Auseinandersetzung, nehme jederzeit den Ball auf und wir werden es gemeinsam führen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Wenn Sie wieder draußen in der Opposition sind!)* Wobei, und da erlaube ich mir eine kleine Spitze, ich erwarte dann auch schon, von Ihnen zumindest, von der ÖVP, von der FPÖ erwarte ich mir gar nichts, aber von Ihnen schon, dass man sich dessen würdig erweist, das klingt so pathetisch, aber es kann nicht sein, dass wenn man den Ball aufnimmt und sich gemeinsam zum Beispiel für Änderungen bei den Märkten zusammensetzt, gemeinsam etwas erarbeiten will und sagt, es ist ein Zwischenergebnis, wir arbeiten daran weiter, und dann geht die ÖVP und noch dazu falsch mit einem Zwischenergebnis raus, das geht nicht. Wenn man gemeinsam etwas erarbeiten will, dann erwarte ich mir auch, wenn wir über die Beteiligungsstruktur der Stadt Wien reden, nicht Verschwiegenheit, weil ich stehe für Transparenz und für Informationsfreiheit, nicht mit Falschmeldungen rauszugehen. Und ich glaube, wenn wir das gemeinsam sicherstellen und gemeinsam auf die Reihe bekommen, dann werden wir es in vielen Bereichen leichter haben, gemeinsame Entscheidungen herbeizuführen.

Ich will vielleicht jetzt ganz kurz, und dann komm ich wieder zu Ihnen zurück, nur ein paar Worte zur FPÖ verlieren *(GR Mag Wolfgang Jung: Ja zum Thema!)*, weil tatsächlich das Wasser, die Frage Wasserprivatisierung ja in Ihrer Partei, wir haben es das letzte Mal schon diskutiert, eine große Rolle spielt. Es gibt in diesem Haus eine einzige Person, die am Wasserverkauf persönlich profitiert, und die sitzt in Ihren Reihen! Mein Kollege Ellensohn hat nachgesehen *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ist im Eigentum gewesen!)*, das Wasser war so teuer, dass dann in den Broschüren gestanden ist, am gescheitesten ist es, man zieht sich das Wasser durch die Nase. Und ein bisschen hab' ich bei Ihrer Rede das Gefühl, Sie haben das zu oft gemacht. Sie haben sich das Wasser durch die Nase gezogen und da ist was hängen geblieben und das tut mir echt leid. In diesem Sinne hoffe ich, dass Sie zukünftig, wenn Sie über Wasserprivatisierung reden, nicht Wasserverkauf und Was-

serprivatisierung verwechseln. Ihr habt das letzte Mal schon gefragt: Ist das privatisiertes Wasser? Nein, das ist Wiener Hochquellenwasser, was jeder Wiener, jede Wienerin trinken. Da ist nichts privatisiert in der Wasserversorgung für Wien. Das, was tatsächlich ist, darüber haben wir auch das letzte Mal gesprochen (GR Mag Dietbert Kowarik. *Sie haben es nicht kapiert!*), ist ein Swimmingpool, 60 cm gefüllt, nein, Schwimmbad haben wir gesagt, ein Schwimmbad, 60 cm gefüllt pro Tag, ja. Dass damit niemand reich wird, das kann jeder, glaub' ich, nachvollziehen. Also reden wir nicht von einer Privatisierung, wo es sich (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Wozu haben Sie es gemacht?*) um eine minimale Verpachtung einer steirischen Quelle handelt. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Schlechte Verteidigung! Schlechte Verteidigung!*)

Aber kommen wir zurück tatsächlich zum ... (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Schlechte Pflichtverteidigung! Jämmerlich! Jämmerliche Verteidigung! – GR Mag Dietbert Kowarik zeigt eine Unterlage: Haben Sie es sich angeschaut? – Aufregung bei der FPÖ.*) Es ist eine Verpachtung einer Quelle, das ist keine Privat..., eine Privat... (GR Mag Dietbert Kowarik. *Haben Sie es sich angeschaut?*) Also gut, Herr Kowarik, ernsthafte Diskussion und ich stelle mich. Würde damit die Wasserversorgung der Gemeinde Wien privatisiert? Nein (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Ja, ein Teil schon! Ahnungslos!*), weil aus den Wasserleitungen kommt das Wasser von Wien Wasser, das gehört der Stadt Wien. Das ist der Unterschied zwischen Privatisieren und Verkauf. Würde dieser ... (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Aber ein Teil schon! Ahnungslos! Ahnungslos! – Weitere Aufregung bei der FPÖ.*) Es ist schade. Wir könnten jetzt eine neue betriebswirtschaftliche ... (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Die Quelle gehört auch Wien! Ahnungslos!*) Schauen Sie ... (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Ahnungslos! Ahnungslos!*) Sie haben ... Kollege Gudenus, Sie haben geändert, Sie haben Ihre ... (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Keine Ahnung haben Sie! Sie haben keine Ahnung! Sie sind ahnungslos!*) Sie haben in Ihrer Wortmeldung gesagt, Sie wollen das Eigentum der Bürger sicherstellen. Der Kollege Wansch hat das gemacht, der Kollege Graf hat das auch gemacht. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Wo ist Ihre sachliche Argumentation?*) Sie haben das Eigentum von Wienerinnen und Wienern sichergestellt und es in Ihr ganz persönliches Eigentum verwandelt. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Wo ist Ihre sachliche Argumentation?*) Das will ich ganz sicher nicht. Es gibt eine Partei (GR Mag Dietbert Kowarik, *eine Unterlage zeigend: KAV!*), die hat gezeigt, wie man an jeder Privatisierung verdient, und das waren die Freiheitlichen. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Wo ist Ihre sachliche Argumentation? – Aufregung bei der FPÖ.*) Sie haben nämlich tatsächlich privatisiert und Sie haben persönlich, Ihre Parteigenossen persönlich daran verdient. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Wo ist Ihre sachliche Argumentation?*) Sie wissen, wie das mit Privatisierungen geht! Und deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es unsere Aufgabe, tatsächlich einmal darauf hinzuweisen ... (GR Mag Johann Gudenus, MAIS:

Eine schlechte Verteidigung! Eine schlechte Verteidigung! – Weitere Aufregung bei der FPÖ.) Qua, qua, qua, so kommt's aus diesem rechten Sektor, pausenlos die Dampfbackenbeschallung. (*Heiterkeit bei GR Mag Johann Gudenus, MAIS.*) Das erlaub' ich mir jetzt tatsächlich einmal zu sagen. Vielleicht könnten Sie einfach einmal kurz ruhig sein. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Ahnungslos!*) Sie haben volkswirtschaftlich keine Ahnung! Sie haben betriebswirtschaftlich keine Ahnung! (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Sie haben überhaupt keine Ahnung!* - GR Mag Dietbert Kowarik: *KAV!*) Sie wollen den Leuten Angst machen! Sie verwechseln bewusst, wie der Kollege Neuhuber das auch herausgearbeitet hat, und spielen mit dem Wort Privatisierung. Sie sagen ja sogar, der Krankenanstaltenverbund ist privatisiert und der ist in Wirklichkeit eine Unternehmung der Stadt Wien durch § 71, glaub' ich, der Stadtverfassung. Wiener Wohnen ist dasselbe. Das hat nichts mit Privatisierung zu tun. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Keine Ahnung! – Beifall bei den GRÜNEN.*) Formell haben wir über die Wiener Stadtwerke geredet, materiell, wer hat das Eigentum über die Wiener Stadtwerke? Na, selbstverständlich die Stadt Wien.

Und ja, es gibt auch Sachen, da müssten Sie eigentlich glücklich sein, dass die EU manche Entscheidungen trifft, insbesondere in jenen Bereichen, und da gehören zum Beispiel die Wiener Linien dazu (*Aufregung bei der FPÖ.*), wo es quasi durch Gemeinderatsbeschluss Subventionen, selbstverständlich Betriebskostenzuschüsse gibt, ist dies nur möglich, weil de facto ein Durchgriffsrecht des Gemeinderates auf die Wiener Linien besteht. Lesen Sie die Entscheidungen der Europäischen Union! Deshalb sage ich zum Beispiel, ich gehe als Grüner, im Gegensatz jetzt zum schwarz geführten Innenministerium, wo bewusst Ausschreibungen in einer Größenordnung von 99 999 EUR getätigt wurden, zum Beispiel davon aus, wenn jetzt bei den Wiener Linien eine Neubeschaffung der Straßenbahnen ansteht, dass sowohl bei den großen Sachen als auch bei den kleinen selbstverständlich ausgeschrieben wird, weil das ist das, was ich mir unter Transparenz vorstelle. (*Weitere Aufregung bei der FPÖ.*) Und umgekehrt sehe ich aber, sage ich auch gleich dazu, überhaupt kein großes Problem darin, und das werden wir auch mit unserem Koalitionspartner besprechen, weil ich denke, es ist unnötig, und verstehe es, weil wer will sich denn mit den Freiheitlichen hinsetzen? (*Aufregung bei GR Mag Wolfgang Jung.*) Aber ja, selbstverständlich hätten wir uns genauso gut, bevor die Flughafenbeteiligung in die Wien Holding gewandert ist, uns mit Ihnen zusammensetzen und darüber reden können. Ich bin ja sogar überzeugt davon, Sie hätten nichts dagegen gehabt. Das weiß man jetzt nicht, aber ich bin überzeugt davon, man kann genauso wie man mit dem Koalitionspartner redet auch mit den Oppositionsparteien reden, wobei – und das ist tatsächlich das, was ich als Spitze an die FPÖ noch anbringen will – ich schon glaube, dass sich eine Partei auch dementsprechend verhalten muss, weil man muss jemanden nicht ständig in eine Entscheidungsfindung einbeziehen, ständig in die Entwicklung gemeinsamer Projekte einbeziehen, wenn die

einzigste Antwort, die man von diesen Menschen bekommt, ständig ein Schlag ins Gesicht ist. Das interessiert mich persönlich nicht und ich denke, das würden Sie umgekehrt auch verstehen. Ich glaube, Sie wissen, warum jemand wie ich mit Ihnen nichts zu tun haben will. Ich glaube, Sie wissen das. Ich glaube, Sie wissen, warum meine ganze Fraktion mit Ihnen nichts zu tun haben will. Sie wissen, warum die Sozialdemokratie mit Ihnen nichts zu tun haben will. Sie verhalten sich so, dass niemand mit Ihnen etwas zu tun haben will. (GR Mag Dietbert Kowarik. *Schau selber, wie du dich verhältst!*) Das ist tatsächlich sozusagen das zentrale Problem der Freiheitlichen. Ich glaube, es steht uns durchaus an, dass wir in unserem Verhalten gegenüber der Opposition differenzieren. (*Aufregung bei der FPÖ. – Beifall bei den GRÜNEN.*) Ich werde das für mich persönlich in Zukunft noch stärker tun, möchte allerdings schon darauf hinweisen (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Wo ist der Unterschied?*), dass ich mir erwarte, dass Sie sich nicht in jeder Einzelfrage, das ist die politische Auseinandersetzung, aber im Stil der Auseinandersetzung mehr am Stil des Herrn Neuhuber orientieren (*Weitere Aufregung bei der FPÖ.*) als an dem Stil anderer Kollegen, der manchmal gepflogen wird. (GR Mag Wolfgang Jung: *Nichts anderes erwarte ich!*)

Zu guter Letzt kommen wir zurück zu der Frage Privatisierung. (GR Mag Wolfgang Jung: *Jetzt kommen wir zum Thema!*) Die FPÖ sagt, alles ist privatisiert. Ich sage umgekehrt, wir haben im Bereich der Wien Holding schon vor vielen Jahren gesagt, dass es notwendig ist, gemeinsam mehr Möglichkeiten der Transparenz und der Kontrolle weiterzuentwickeln. Messen Sie uns am Ende der Periode! Ich meine, das ist halt auch in einer Koalition so, dass wir nach wie vor unterschiedliche Parteien sind. Sie wissen es aus Ihrer Bundeskoalition und aus allen anderen Bundesländern, dass man sich nicht zu 100 Prozent durchsetzt, dass man weiter Bretter bohrt und hofft, immer wieder einen Schritt weiterzukommen.

Meine Kollegin Hebein hat im Bereich der Kontrolle der Stadt schon unglaublich viel weitergebracht. Der Rechnungshof wird kommen, das ist schon vorgestellt. Da ist viel weitergegangen. (*Heiterkeit bei der FPÖ.*) Wir werden mit Sicherheit darauf achten, und da sind die Wiener GRÜNEN ein Garant dafür, dass mit Wien nicht das passiert, was auf Bundesebene passiert ist, dass das Silber verscherbelt wird, dass die Stadt privatisiert wird. Wir sind ein Garant dafür, dass es so bleibt (*Weitere Heiterkeit bei der FPÖ.*), während die Freiheitlichen, wo auch immer die Freiheitlichen regiert haben, privatisiert haben. Und es war der Kollege Strache, der gesagt hat, er will die Gemeindewohnungen verkaufen. Pfu! Wiederschau'n! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich schon darauf hinweisen, dass wir gestern in der Präsidialkonferenz auch ausdrücklich gebeten haben, und zwar alle Parteien, mit der Wortwahl etwas vorsichtiger umzugehen. Ich halte persönlich nichts davon, dass man eine Qualifizierung macht „Das sind lauter Dumpfbacken“

oder „Sie machen nur qua, qua, qua“ und Sonstiges mehr. Ich würde aber gleichzeitig auch ersuchen, wenn ein Redner hier am Wort ist, dass man ihn nicht ständig unterbricht, sondern dem Gedankengang des Redners zumindest versucht (GR Mag Wolfgang Jung: *Das waren Gedankengänge, nicht Beschimpfungen!*) nachzufolgen. Das wollte ich hier nur sagen. Ich erteile jetzt in diesem Sinne keinen Ordnungsruf, möchte ich auch ausdrücklich sagen, aber ich bitte doch sehr, sehr, sehr, sehr darauf aufzupassen, wie die Wortwahl auch passiert. (GR Mag Wolfgang Jung. *Aber ich bekomme dann einen Ordnungsruf!*) Auch der Kollege Jung hat das so mitzutragen, wie ich es entschieden habe. „Dumpfbacke“ ist nicht unbedingt eine Riesenbeleidigung und ich weiß (*Große Aufregung bei der FPÖ.*), und ich weiß, Entschuldigung, gar nicht, wen der Kollege Margulies damit gemeint hat. Daher kann ich das nicht so sagen. (*Weitere Aufregung bei der FPÖ.*)

Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Kollege Kowarik zum Wort gemeldet und ich erteile es ihm.

GR Mag Dietbert **Kowarik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender!

Da könnte man fast berichtigen, wir sind keine Dumpfbacken. Aber nachdem es jetzt keine Beleidigung ist, dann (*Zwischenruf von GR Dipl-Ing Martin Margulies.*) sage ich, die Dumpfbackenfraktion zu meiner Rechten – es soll so sein. Mein Gott, nicht böse sein! (*Beifall bei der FPÖ.*) Selber den Stil hier anprangern und dann solche Reden! Es wird immer skurriler, Kollege Margulies.

Aber jetzt zur tatsächlichen Berichtigung. Sie haben gesagt, dass in Bezug auf das, was der Kollege Gudenus ausgeführt hat, das Wasser immer noch im Eigentum der Stadt Wien ist. Falsch! Nachlesen, dann reden! Die Vereinbarung aus dem Jahr 1998 ist erstens ein Bestandvertrag, wo Grundstücke in Bestand gegeben werden, und zweitens ein Wasserlieferungsvertrag. Das heißt, das Wasser als solches wird als Leistung zum Zwecke der gewerblichen Abfüllung gegeben. Das Wasser gehört nicht mehr uns, das dort abgefüllt wird, das gehört nicht mehr der Stadt Wien, sondern jemand anderem. (*Zwischenruf von GR Dipl-Ing Martin Margulies.*) Nein, nein, Sie haben das anders gesagt. (*Aufregung bei den GRÜNEN.*) Also zuerst lesen, dann reden! (GR Dipl-Ing Martin Margulies: *Nachlesen! Nachlesen!* – GR Mag Rüdiger Maresch: *Nachlesen!* - *Beifall bei der FPÖ. – Weitere Aufregung bei den GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: So, nun ist tatsächlich GR Dr Aigner am Wort, ich erteile es ihm und weise auf die Redezeit von maximal 30 Minuten hin.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (*Klubungebundener Mandatar*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ja, wir haben gerade wieder ein Live-Beispiel für gelebten Parlamentarismus gesehen, wenn sozusagen von vornherein Mandataren und Fraktionen die Dialogfähigkeit abgesprochen wird und politischer Diskurs verweigert wird. Ich glaube, wir sehen gerade, wie sehr die direkte Demokratie bei Bürgerbeteiligung in Wien abgebaut wird. Jetzt wird der Parlamentarismus auch letzt-

endlich ad absurdum geführt, wenn von vornherein die Gesprächsbereitschaft nicht gegeben ist. Also ich glaube, wir brauchen wirklich mehr direkte Demokratie, aber wir brauchen auch einen besseren und gelebteren Parlamentarismus. Dazu gehört es auch, auch wenn es Ihnen lästig erscheint, seitdem Sie in der Regierung sitzen, dass politische Debatten hier im Wiener Gemeinderat und im Wiener Landtag stattfinden und nicht in irgendwelchen ausgegliederten Kontrollgremien. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich bin auch ganz der Meinung vom Kollegen Neuhuber, Privatisierungen sind per se weder gut noch schlecht. Die Frage ist, ob sie praktikabel sind und ob die Ergebnisse vor oder nach einer Privatisierung andere und bessere sind. Und genau diese Debatte wird ja in Wien konsequent nicht geführt. Es gibt keine wirtschaftliche Strategie, es gibt offenkundig nur einen politischen Masterplan. Die Stadt Wien soll zwar überall die Hand drauf haben und die Stadt Wien wird auf eine Partei reduziert, jetzt mittlerweile darf halt eine zweite Partei ein bisschen mitmachen, aber das hat eigentlich mit Privatisierung, mit Strategie, mit wirtschaftspolitischer Vernunft überhaupt nichts zu tun.

Wenn Sie dabei ertappt werden, wo Sie gleichzeitig auf der einen Seite die Wienerinnen und Wiener vor Privatisierungen schützen wollen, dass Sie eine Privatisierung nach der anderen durchführen, na, dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn man auf diesen Widerspruch ganz massiv hinweist. *(Beifall bei FPÖ.)*

Der Begriff der Privatisierung ist nämlich tatsächlich ein vielschichtiger. Das sagen auch alle wirtschaftswissenschaftlichen Publikationen. Das ist der Oberbegriff für eine Reihe von unterschiedlichen Maßnahmen.

Man kann darunter die Verlagerung bisher staatlicher Aktivitäten in den privaten Sektor der Volkswirtschaft, um die Allokation der Ressourcen durch den als effizienter eingestuften Markt erfolgen lassen. Da spricht man von Deregulierung.

Man kann aber auch b) die Anwendung privater Rechtsformen zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben, um bestimmte Aufgabenfelder dem unmittelbaren Einfluss des Haushalts, des öffentlichen Dienstrechts und der Politik zu entziehen, oder die Anwendung privatwirtschaftlicher Finanzierungsmodelle zur Erschließung privaten Kapitals für öffentliche Aufgabenwahrnehmung wählen. Also wenn ein privates Unternehmen im Auftrag der Wiener Linien Busdienste erbringt, dann würde das darunter fallen. Oder die echte Vermögensprivatisierung, indem öffentliches Vermögen veräußert wird. Das, was oftmals gemacht wird und bei dem Vorgang, bei dem man Sie letztendlich immer wieder ertappen kann, ist nämlich die Anwendung privater Rechtsformen zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben, um eben diese Aufgabenfelder zwar im politischen Einfluss zu behalten, aber eben der Kontrolle und dem Haushaltsrecht und auch dem öffentlichen Dienstrecht zu entziehen. Das ist auch für sich genommen weder gut noch schlecht, aber es steckt eben eine gewisse Strategie dahinter.

Mein Ansatzpunkt ist der: Wenn der Staat, in diesem Fall die Kommune oder das Land, sagt, wir möchten eine

Aufgabe öffentlich erbringen, wir möchten etwas im öffentlichen Einflussbereich belassen, dann soll das wirklich der Staat machen. Dort, wo der Staat zu 100 Prozent drinsteckt, dort soll man auch den Staat offen nach außen auftreten lassen. Da frag' ich mich wirklich, warum es da eine Vielzahl von Vereinen geben muss. Bei diesen ganzen ausgelagerten Vereinen, die sich zu 100 Prozent mit Steuergeld finanzieren, die keinerlei Eigenmittel aufbringen, wo es keinerlei ehrenamtliche Tätigkeit gibt, wo nur Angestellte arbeiten, frag' ich mich wirklich: Wozu brauche ich da einen Verein? *(Beifall bei der FPÖ.)* Wenn es gelingt, hier privatwirtschaftliches Engagement hereinzuholen, ja dann tausend Rosen.

Aber das ist eine Form von Privatisierung und das ist auch im wirtschaftswissenschaftlichen Sinn eine Privatisierung, die nur dazu dient, sich aus der Kontrolle des Gemeinderates davonzustehlen, dort in den Vereinsorganen die eigenen Parteigänger letztendlich einzusetzen und das öffentliche Dienstrecht und die Gehaltsobergrenzen zu umgehen, weil das, was früher ein Senatsrat gemacht hat, auch im Bereich der außerschulischen Jugendarbeit, das macht jetzt ein Geschäftsführer, für den ganz andere oder überhaupt keine Gehaltsgrenzen gelten. Hier tritt der Staat in pseudoprivaten Formen auf und das ist eigentlich abzulehnen. Da sag' ich auch, wenn es nicht gelingt, privates Geld oder privates Engagement zu requirieren, dann ist es besser, das macht die Stadt wieder selber, wenn sie es zu 100 Prozent zahlen muss. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es fehlt auch jede Strategie im Bereich der Wien Holding, also zum Beispiel dieses Debakel um das Stadthallenbad. Jetzt kann man sich also wirklich die Frage stellen: Warum wird der Großteil der Bäder vom Magistrat durchaus gut geführt und warum wird ein einziges Bad eben nicht von der Bäder-Magistratsabteilung geführt, sondern von der Stadthalle, die eigentlich dazu da ist, eine Event-Location zu führen, und so weiter, und offenkundig auch mit der Sanierung eines Schwimmbades überfordert ist. Nicht einmal anlässlich des Debakels im Stadthallenbad gibt es eine Debatte, warum man nicht das Stadthallenbad denjenigen in die Verantwortung übergibt, die offenkundig Bäder und Bädersonierungen, wir haben ja viele Energie-Contracting-Beispiele, führen können.

Also nicht einmal so ein Debakel wird zum Anlass genommen, hier sozusagen eine Umstrukturierung im Bereich der Stadt Wien vorzunehmen. Dafür wird der Flughafenanteil ohne eine Debatte sozusagen backoffice von der einen Hand in die andere übertragen. Also da sieht man schon, sofern die SPÖ oder sofern die Mehrheit hier profitiert, bedient man sich privater Rechtsformen. Wenn das andere machen, dann ist Privatisierung etwas ganz Furchtbares und das ist eigentlich ein Widerspruch, wo man gar nicht müde werden soll und kann, darauf hinzuweisen. Daher sollten wir gerade in Zeiten, wo der Wettbewerb härter wird, wo auch das öffentliche Geld knapper wird, uns wirklich an einen Tisch setzen und man kann sich wirklich überlegen, in welchen rechtlichen Formen ist es gut, in welchen Eigentumsverhältnissen soll etwas gemacht werden.

Ich meine, das Argument bei der Wasserprivatisierung war ja auch irgendwie absurd, weil die EU ja nicht das Wasser privatisieren wollte, sondern nur die Dienstleistungserbringung. Da könnte man ja auch sagen, und ich bin der Letzte, der die EU sonderlich verteidigt, aber da ist es nie um das Eigentum gegangen, sondern immer nur darum, wer erbringt die Dienstleistung. Und das Argument, dass das die Gemeinde viel besser kann und viel billiger kann, ist ja spätestens seit der Erhöhung um 33 Prozent – und hier ist ein Monopol, das schamlos ausgenutzt wird. Hier werden Überschüsse erwirtschaftet, obwohl eigentlich die Kostendeckung das Gegebene wäre. Und dann wird zum Argument genommen, die Infrastruktur nützt sich ab und deswegen machen wir noch eine zusätzliche Wiener Grundstückssteuer, eine zusätzliche Vermögensbesteuerung, obwohl Wiener Wasser und der Kanal Überschüsse erwirtschaften. Also nicht einmal die Aufrechterhaltung der Infrastruktur ist gewährleistet. Da braucht es noch eine extra Vermögensabgabe, eine extra Grundstücksbesteuerung, die ja dann entsprechend auch angehoben werden kann. Also da passt vieles einfach nicht zusammen. Und die Opposition hat die Aufgabe und die Verpflichtung, Ihnen auf die Finger zu schauen und Sie auf diese Widersprüche hinzuweisen. *(Beifall bei der FPÖ und von StR Mag Manfred Juraczka.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bevor ich Herrn GR Ing Meidlinger das Wort erteile, möchte ich auch mitteilen, dass StR Lasar heute während des gesamten Tags entschuldigt ist. Am Wort ist nun Herr GR Ing Meidlinger, bitte schön.

GR Ing Christian **Meidlinger** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich war etwas verwundert, dass es jetzt zu diesem Thema auch noch einen Sondergemeinderat gibt, nachdem wir in der letzten Gemeinderatssitzung ja mehrfach die Möglichkeit gehabt haben, dieses Thema abzuarbeiten und abzuhandeln. Ich habe mir dann Überlegungen gemacht, warum kommt die Freiheitliche Partei hier noch einmal zu den Überlegungen, dieses Thema hier anzureißen. Ich bin für mich persönlich auf fünf Begründungen gekommen und hoffe oder nehme an, dass wahrscheinlich alle hier zutreffen. Bei einer erwarte ich mir auch eine Antwort.

Das eine ist, dass die Freiheitliche Partei wahrscheinlich versucht, von ihren erfolglosen Wahlkämpfen in Kärnten und Niederösterreich abzulenken *(GR Mag Wolfgang Jung: Und die SPÖ in Niederösterreich?)*, dass man ein einzigartiges Minus von 28 Prozent in Kärnten *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Wieviel haben Sie denn verloren in Niederösterreich?)* eingefahren hat und dann der Parteichef auch noch das Problem gehabt hat, dass die Verantwortlichen sitzen geblieben sind und sich einfach überhaupt nicht wegbewegen wollten, und das ist für mich so ein Grund. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Und wie viel haben Sie in Niederösterreich verloren?)*

Das Zweite ist, dass in Niederösterreich das Gleiche passiert ist, dass sich auch dort der Parteichef in Perso-

nalfagen einfach nicht durchsetzen kann und *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Und die Burgstaller?)* man hier einfach versucht, von diesen Themen abzulenken. Ich glaube, es tut Ihnen deswegen weh, weil Sie draufgekommen sind, dass es plötzlich einen anderen Märchen-erzähler neben Ihnen gibt, der dieses Märchen oder die Märchen versucht, ein bisschen besser zu erzählen und das wahrscheinlich auch noch zum Leidwesen Ihrer Partei mit ein bisschen einem fremdländischen Akzent macht, und das schmerzt hier natürlich besonders.

Das Dritte ist, es gibt das demokratiepolitische Debakel der Volksbefragung, denn es sind hier von 7. bis 9. März in Wien über 400 000 Wienerinnen und Wiener Ihrer Stimmzettelzerreißorgie nicht gefolgt, sondern sie haben von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht. 87 Prozent haben sich hier entschieden *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Gegen die SPÖ!)*, dass Kommunalbetriebe weiterhin in öffentlicher Hand bleiben sollen und dass die Daseinsvorsorge eben vor Privatisierung und einer Partei wie der Freiheitlichen Partei geschützt werden muss, denn in der Geschichte waren Sie die Oberprivatisierer in dieser Republik. Noch einmal in Erinnerung gerufen: 87 Prozent haben das hier mit Ja beantwortet und das mit Ja Beantworten heißt ein Bekenntnis zu über 60 000 Gemeindebediensteten, die hervorragende Arbeit leisten und heißt ein Bekenntnis zum sozialdemokratischen Weg, den wir in den letzten Jahrzehnten hier in Wien und in diesem Haus gegangen sind. Von diesem erfolgreichen Weg werden wir uns sicherlich nicht abbringen lassen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Für mich ist der vierte Grund ein versuchtes Ablenkungsmanöver, da Sie nach wie vor, und in Oberösterreich sieht man es ja, dass Sie Riesenprobleme haben, sich zum rechten Rand abzugrenzen. Der Rücktritt von Ortner, der Rücktritt hoffentlich von Wimmer zeigen, dass es Ihre Partei nicht geschafft hat, diese Abgrenzung durchzuziehen. Es ist unsere Aufgabe auch als Sozialdemokratie, ständig darauf hinzuweisen und auf die Abgrenzungsprobleme hier auch aufmerksam zu machen. Ich denke, das ist der vierte Grund.

Dann kommen wir zum fünften Grund. Ich habe das das letzte Mal hier bereits erwähnt und bin eigentlich enttäuscht, weil die Antworten fehlen. Ich werde daher das vom letzten Mal noch einmal zitieren, nämlich die Frau Kappel. Abgesehen davon, was die KollegInnen von der grünen Regierungsfraktion mit dieser Aquabionica-Geschichte, was da in der Ukraine und Russland läuft, wo auch noch ein Erklärungsbedarf da ist, denn da gibt es jemanden, der tatsächlich mit Wasser Geld verdient, und der sitzt in Ihren Reihen. Und dann hat es auch eine Frage *(GR Mag Dietbert Kowarik: Die Stadt Wien verdient!)* oder eine Diskussion gegeben *(GR Mag Dietbert Kowarik: Die Stadt Wien verdient mit Wasser!)* - ich bin bei der Frau Kappel -, wo gefragt wurde: „In der zweiten Runde möchte ich Privatisierungen, Potenziale und persönliche Wunschkandidaten für ein Börsen-Listing hinterfragen. Wie stehen Sie zu diesen Themen?“ Und die Frau Kappel hat geantwortet: „Ich stehe dem Thema Börsengang sehr positiv gegenüber, ist ja nichts Verwerfliches. Einige Energielandesversorger wären

zum Beispiel klassische Volksaktien. Ich glaube auch nicht, dass es noch nötig ist, dass am Verbund auf Bundesebene Mehrheiten gehalten werden. Nur ist leider das Klima nicht gut und das Vertrauen in den Kapitalmarkt nicht gegeben.“ Wen wundert's? „Wir haben die Vertrauens- und Demokratiekrise. Der Staat“ - und jetzt kommt es - „muss konsolidieren, einen ausgeglichenen Haushalt schaffen, das Schulden Thema in den Griff bekommen. Damit bin ich genau beim Thema. Zusätzlich zu allen Reformfortschritten, zu einer Verwaltungsreform, zu einer Gesundheitsreform, braucht es Gelder aus Privatisierungen. Da wird man dran nicht vorbeikommen.“ (*Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely: Oh! Oh!*) Und die Reporterin fragt dann nach: „Frau Kappel, gibt es Wunschkandidaten?“ Und Frau Kappel, Sie antworten: „Es gibt insbesondere auf der Wiener Ebene, auf der Ebene der Gemeinde Wien eine ganze Liste von Privatisierungswunschkandidaten.“ (*Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely: Oh!*) Aber ich werde diese Liste zu einem geeigneten Zeitpunkt präsentieren.“ (*GR Prof Harry Kopietz: Hört! Hört! – Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely: Oh! Oh! – Aufregung bei der SPÖ.*)

Frau Kappel, liebe FPÖ, ich habe mir eigentlich heute bei diesem Thema erwartet, dass Sie hier herauskommen und Ihre Liste präsentieren (*GR Dr Kurt Stürzenbecher: Wo ist die Liste?*), dass Sie den Wienerinnen und Wienern die Wahrheit sagen! (*GR Dr Kurt Stürzenbecher: Wo ist die Liste?*) Sie sind die Oberprivatisierer in diesem Land! (*Weitere Aufregung bei der SPÖ.*) Erklären Sie den Wienerinnen und Wienern (*Beifall bei der SPÖ.*), welche Unternehmen Sie privatisieren wollen. (*GR Heinz Hufnagl: Das nächste Problem!*) Die SPÖ schützt, wie hier schon gesagt wurde, vor dem Verkauf von Volksvermögen (*Beifall bei der SPÖ. – GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ja, ja, die SPÖ schützt! Die SPÖ schützt!*), während wir weiterhin auf die Listen der FPÖ warten. Und, Frau Kappel, entweder Sie kommen hier heraus und sagen uns endlich, was Sie als Partei vorhaben, oder Sie sind für Ihre eigene Partei untragbar, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben ... (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie schwitzen!*) Ich schwitze noch lange nicht, Herr Gudenus. Sie schwitzen, weil Sie mit dieser Aussage ein Riesenproblem haben! Sie müssen es der Wiener Bevölkerung erklären (*GR Heinz Hufnagl: Das wahre Gesicht der FPÖ!*), was Sie wirklich machen wollen. Und wir können das hier nur noch einmal wiederholen: Die Sozialdemokratie ist einen erfolgreichen Weg gegangen. Die Sozialdemokratie hat (*GR Heinz Hufnagl: Da brauchen wir eine Sondersitzung, um das zu erfahren! – Aufregung bei der SPÖ.*) die Wiener Bevölkerung gefragt und der Weg, der erfolgreiche Weg der Sozialdemokratie wurde hier bestätigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aber kommen wir auch noch zu Privatisierungserfahrungen aus dem Ausland und die Auswirkung auf die Beschäftigten, denn wie Schwarz-Blau privatisiert hat, wissen wir ja, was passiert ist. Wir wissen zum Beispiel, wie die Wohnungspreise im Arsenal explodiert sind. Wir wissen, dass im Arsenal, und das ist Ihr Verdienst, das können Sie sich hier auf Ihre eigene Fahne heften, die Miete von

8,53 EUR auf 13,71 EUR in wenigen Jahren gestiegen ist. (*GR Prof Harry Kopietz: Ein Wahnsinn! – GR Heinz Hufnagl: Ein Wahnsinn! – Aufregung bei der SPÖ.*) Und Sie stellen sich ernsthaft hier her und werfen uns vor oder wollen uns mit Ihrer Märchenerzählpolitik vorwerfen, dass die Sozialdemokratie hier für Privatisierungen steht. Das glaubt Ihnen da draußen auf der Straße gar niemand. Die Fakten beweisen es, Sie waren die Oberprivatisierer! Sie haben die Mieten im Arsenal dramatisch verteuert. Die Zufriedenheit der Anwohnerinnen und Anwohner, der BewohnerInnen hat sich dramatisch reduziert. Es sind die Serviceleistungen sozusagen in den Keller gefahren worden. Es gibt keine Zufriedenheit mit den Parkplätzen, und so weiter, und so fort. Und diese Liste ließe sich fortsetzen. Wer hat denn die Arbeitsplätze bei der Austria Tabak vernichtet? Wer hat denn andere Dinge in Wirklichkeit viel zu günstig verschербelt? Das Einzige, was Sie während der schwarz-blauen Regierung hier geschafft haben, nämlich eine Auslastung zu schaffen, ist die Justiz. Die Justiz ist, seitdem Sie privatisiert haben, ausgelastet, weil da jeder Fall über die Justiz gelaufen ist, sehr geehrte Damen und Herren! (*GR Prof Harry Kopietz: So schaut es aus!*) Und das ist etwas, was wir (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*) auch ständig der Bevölkerung sagen werden und der Bevölkerung hier auch auf ... (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) Nein, wir meinen die Herren von Ihnen und die wenigen Damen hier, weil zur Gender-Politik hat es zuerst auch ein bisschen einen Ausflug gegeben. Aber ich glaube, eine Partei, die einen so geringen Frauenanteil hat wie Sie und die zum Beispiel einen Einkommensbericht als erbärmlich findet, hat da über Gender-Politik überhaupt keinen einzigen Satz zu verlieren und (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*) hat überhaupt keine Vorstellung, worum es dabei geht.

Aber um beim Thema zu bleiben, was nicht noch alles ausgegliedert oder privatisiert werden soll, vom Flughafen angefangen. Ich meine, die ÖVP, und das muss man ja der Sachlichkeit wirklich zu Gute halten, steht für Ausgliederung und für Privatisierungen und versucht das auch von ihrer Seite aus hier auch immer wieder zu thematisieren. (*GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Sinnvoll! Sinnvoll!*) Es wird ja darüber nichts Negatives verloren, aber man muss halt schon sagen, dass auch für das, was hier diskutiert wurde, die Frage vom Verkauf von Gemeindewohnungen, die Frage vom Verkauf städtischer Betriebe wie Friedhöfe und anderes, die Sozialdemokratie nicht zur Verfügung stehen wird. Wir werden auch da hier das Eigentum der Bürgerinnen und Bürger entsprechend schützen.

Zum Weiteren schauen wir uns an, was mit Privatisierungen im Ausland passiert ist. Diese Erfahrungswerte müssen wir auch hier einbauen und darum wehren wir uns ja so vehement gegen das Verschleudern von Volksvermögen. Es geht auch um Verschlechterungen der Qualität der Dienstleistungen. Wir wissen, dass sich zum Beispiel in Großbritannien, wo es um die Wasserversorgung gegangen ist, plötzlich auch ein Wasserverlust von 40 Prozent eingestellt hat. Warum hat sich das eingestellt? Weil eben das Geld aus den Unternehmungen

gen abgezogen worden ist, weil eben nicht mehr investiert worden ist, weil die Aktienbesitzer in Wirklichkeit Geld geschneit haben und die Bevölkerung den Unternehmungen komplett egal war. Wenn wir hier über Wasserpreise und Tarifierhöhungen gesprochen haben, müssen wir auch anmerken, dass zum Beispiel in diesen privatisierten Bereichen auch Wasserpreiserhöhungen von 230, 240 Prozent stattgefunden haben, so ist das auch nicht unser Weg, den wir gehen wollen, sondern unser Weg ist, dass wir hier die Daseinsvorsorge weiterhin in der öffentlichen Hand und in der kommunalen Hand, so wie bisher auch, entsprechend behalten wollen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Was wir auch immer wieder aus dem Ausland feststellen müssen, und das ist bisher zu kurz gekommen, ist: Wie sind denn die Auswirkungen auf die Beschäftigten in diesen privatisierten Betrieben? Wir wissen das und das kann man rundherum vergleichen und das ist der Weg, den Sie auch zwischen 2000 und 2006 gegangen sind, dass die Gehälter in diesen Unternehmungen explodiert sind, nämlich nur für die Geschäftsführung, aber dass es auf der anderen Seite überall einen massiven Personalabbau zwischen 30, 40 und 50 Prozent gegeben hat oder die Arbeitsplätze sind generell zu 100 Prozent verloren gegangen, und dass sich hier auch die Arbeitsbedingungen dramatisch verschlechtert haben, weil sich diese Verschlechterung, wie gesagt, in Lohnfragen, in Arbeitsbedingungen und in anderen Fragen auch widergespiegelt hat. Auch das ist unsere Aufgabe, dass wir dort zwei Dinge sicherstellen: Das eine ist die Gewährleistung für die Betroffenen, dass sie öffentliche Dienstleistungen zu Tarifen und Preisen bekommen können, die sie sich leisten können, und auf der anderen Seite, dass die Beschäftigten auch entsprechende Arbeitsbedingungen vorfinden und diese Arbeitsbedingungen gut sind und nicht, wie schon zum wiederholten Male gesagt, bei der Austria Tabak diese Arbeitsplätze auch auf Nimmerwiedersehen verloren gegangen sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zur Frage der Wasserabfüllung Wildalpen ist hier ja auch schon vieles gesagt worden. Dass Wasser auch gewerblich genutzt wird, auch hier in Wien, ist auch kein Geheimnis, denn sonst würden ja einige Firmen gewisse Dinge hier nicht produzieren können. Und dass diese Nutzungsrechte bis 1903 zurückreichen, ist Ihnen eh schon so oft erklärt worden.

Sie wollen es nicht verstehen, Sie kapierten es nicht. Ich habe schön langsam auch den Zweifel, dass man mit pädagogischen Effekten und ständigem Wiederholen hier etwas bewirkt und dass man da etwas zusammenbringt.

Wie Sie sich nicht auskennen, beweisen auch Ihre Anträge. Sie schreiben dort von der Wien Holding AG, die in Wirklichkeit eine GesmbH ist. Aber das dürfte Ihnen bei Ihrer Geschwindigkeit ein bisschen durch- oder untergegangen sein, oder Sie haben es nicht verstanden. Sie schreiben auch von einer Wien Kanal GesmbH, die in Wirklichkeit eine Unternehmung nach § 72 unserer Wiener Stadtverfassung ist. Es gibt auch die entsprechenden Kontrollrechte. Ich habe es jetzt nicht gemacht,

ich hätte noch ein bisschen Zeit, aber ich hätte hier auch die Stadtverfassung mitnehmen können und hätte Ihnen vorlesen können, welche Kontrollrechte der Gemeinderat hat, welche Aufgaben die Stadträtinnen und Stadträte haben, welche Möglichkeiten es durch das Kontrollamt gibt. Der Herr Gudenus hat es ja selber gesagt, auf der einen Seite bemängelt er die Kontrollrechte und auf der anderen Seite möchte er das Kontrollamt damit beschäftigen. Also all diese Möglichkeiten gibt es ja auch. Und Sie verwechseln es ja bewusst, und ich sage Ihnen das und unterstelle Ihnen das auch immer wieder sehr bewusst und es wurde auch schon das Thema Privatisierung aufgearbeitet, nämlich eine Vollprivatisierung, wo Volksvermögen verkauft und vernichtet wird, mit dem Thema Ausgliederung, wo das nach wie vor im Eigentum der Stadt Wien bleibt und die Stadt Wien ja auch weiterhin über die Dinge bestimmen und auch bestellen kann.

Ich glaube, wir sollten hier die Diskussion sachlich führen. Es führt sie nur eine Partei nicht sachlich und das ist die FPÖ, die in Wirklichkeit die Oberprivatisierer dieser Nation ist. Frau Kappel, ich fordere Sie noch einmal auf: Kommen Sie heraus, sagen Sie den Wienerinnen und Wienern, präsentieren Sie den Wienerinnen und Wienern, was die Liste ist, welche Liste es gibt. Wo liegt die Liste im Geheimen, verborgen? Was wollen Sie alles in Wien verscherbeln? Was wollen Sie alles verkaufen? Ich kann Ihnen nur sagen, mit der Sozialdemokratie wird es das nicht geben. Wir SozialdemokratInnen stehen für weiterhin eine starke Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand. Herzlichen Dank! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Ich mache darauf aufmerksam, dass die nächsten Redner nur mehr 15 Minuten Redezeit zur Verfügung haben. Als nächste Rednerin zum Wort gemeldet hat sich die Frau GRin Hebein. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Werter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Punkt 1: Uns würde natürlich auch die Liste der FPÖ interessieren, was sie so vorschlagen würde, was zukünftig privatisiert werden soll.

Punkt 2: Um es noch einmal in aller Deutlichkeit festzuhalten: Das Wasser, das bei uns in Wien aus der Leitung rinnt, ist nicht privatisiert. Hier liegt die FPÖ falsch.

Das Dritte, das ist der Punkt, über den ich heute sprechen will, der so flachsartig nebenbei wie ein Hundeknochen hingeworfen worden ist: Die Sozialpolitik ist in Wien nicht privatisiert. Auf diesen Punkt möchte ich näher eingehen, weil ich das für sehr entscheidend halte. Worum geht es da? Es ist gut, richtig und wichtig, dass es sich hier Rot-Grün zur Aufgabe macht, auch weiterhin das Sozialwesen und das Gesundheitswesen immer unter dem Aspekt sozialpolitischer Überlegungen zu führen, sich daran zu orientieren, das halte ich für extrem entscheidend. Natürlich war die Skepsis von uns GRÜNEN groß, wie dann 2004 der Sozial- und Pflegebereich in den FSW ausgegliedert worden ist. Diese Diskussion ist natürlich noch nicht vom Tisch, auch nicht nach zweieinhalb Jahren, aber ich möchte Sie ein Stück weit entführen, was das denn konkret heißt:

Erstens: Die Frage der Kontrolle und Transparenz.

Hat das gravierende Auswirkungen, wenn man hier diesen Bereich ausgliedert? Da muss man festhalten, dass der FSW natürlich genauso den nationalen und internationalen Ausschreibungskriterien unterliegt wie jeder andere. Natürlich gibt es das Weisungsrecht und natürlich werden die Finanzgebarung und die Aufgaben des FSW, sowohl vom Kontrollamt und Rechnungshof als auch von Wirtschaftsprüfungsagenturen nach dem Rechnungslegungsgesetz überprüft. Hier brauchen wir nicht zu verunsichern, hier gibt es Kontrolle und Transparenz. Das halten wir für einen ganz entscheidenden Punkt.

Der zweite Punkt ist natürlich die Frage gewesen und beschäftigt uns auch immer noch: Was heißt das für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen? Es ist natürlich nicht einfach, wenn hier Privatangestellte, Vertragsbedienstete, Beamte, Beamtinnen, freie Dienstnehmer, freie Dienstnehmerinnen parallel agieren und man sich die Frage stellen muss: Gibt es so was wie eine Besoldungsgerechtigkeit? Das sind heikle Fragen, auch die Frage: Wie ist jetzt die Arbeitsmöglichkeit und die Beteiligungsmöglichkeit der Menschen im FSW? Halten wir fest, was das auch in der Praxis bedeutet und ich möchte das offensichtlich Selbstverständliche hier auch noch einmal betonen. Es war gravierend entscheidend, nicht nur für die Gemeindebediensteten, sondern für zehntausende Beschäftigte, die hier kollektivvertraglich gekoppelt sind, dass es in Wien keine Nulllohnrunde gibt - vor allem, wir wissen, der Sozialpflegebereich ist ein Niedriglohnsektor -, ein wichtiger Schritt, der große Auswirkungen für zehntausende Beschäftigte hier in Wien hat. Hier hat auch die Stadt Wien als Arbeitsgeberin einen guten Schritt getan, denn, und das ist mir schon wichtig: Wenn Sie jetzt darüber reden, dass die Sozialpolitik ausgegliedert ist, und im Raum stehen lassen, dass das gravierende Folgen hat, dann möchte ich jetzt zu dem eigentlichen Punkt kommen, nämlich: Wie geht es denn den Betroffenen? Wie geht es den Menschen in der Stadt Wien, die Hilfe und Unterstützung brauchen? Wie geht es den Menschen, die keine Lobby hinter sich haben? Da lassen Sie mich festhalten:

Erstens: Der FSW hat in letzter Zeit eine sehr, sehr umfangreiche Befragung durchgeführt, wie denn die Betroffenen mit dem FSW zufrieden sind. Die Rückmeldung war erstaunlich positiv. Das ist einmal ein Faktum, das weiß die FPÖ nicht wirklich, weil sie sich auch zu schade ist, überhaupt an der Beiratssitzung teilzunehmen. Das war nämlich Thema im letzten FSW-Beirat, der ohne FPÖ-Politiker stattgefunden hat.

Zweitens: Wenn wir von Betroffenen reden, von den Menschen, die hier in der Stadt Unterstützung brauchen, und das kann ich Ihnen leider nicht ersparen, auch wenn mein Kollege Martin Margulies die Sachlichkeit betont hat, mit der heute die ÖVP die Diskussion führt, dann möchte ich hinschauen, wie gehen wir in dieser Stadt mit Drogenkranken, mit Obdachlosen, mit Bettlern, mit arbeitslosen Menschen um und wie wird die Diskussion in den letzten Monaten geführt, weil bei aller Freundschaft, wenn wir jetzt über Ausgliederungen Ja/Nein reden, wenn Sie von der FPÖ darüber reden, dass die Sozialpolitik privatisiert worden ist, was falsch

ist, dann reden wir auch von den Betroffenen und reden darüber, dass die besten Rahmenbedingungen, die beste Struktur nur ein Teil sein kann, wenn Sie gesellschaftspolitisch so herbe Diskussionen auf Kosten der Betroffenen führen, die keine Lobby haben, dann ist es genauso hier und heute Thema, weil wir von den Menschen reden, die davon betroffen sind, die Unterstützung in dieser Stadt brauchen. Und dann reden wir auch darüber, auch das kann ich Ihnen nicht ersparen, wie FPÖ und ÖVP in den letzten Monaten die Drogenpolitik hier in dieser Stadt diskutieren und gleichzeitig Drogenkranke zunehmend als Kriminelle hinstellen. Wenn Sie hier großartige Reden über „Wir müssen wieder eingliedern“ schwingen, auch den Sozialbereich, weil die Sozialpolitik so wichtig ist und es ist alles so furchtbar, dann reden wir hier auch über Betroffene, über die, für die wir hier in der Stadt Politik machen.

Dann reden wir auch darüber, dass Sie, nämlich Schwarz und Blau, eine Substitutionstherapie in Frage stellen, die Suchtkranken hilft, und nicht nur das. Da empfehle ich allen, den heutigen „Falter“ zu lesen, wo Vorwürfe im Raum stehen, die wirklich untermauern und verdeutlichen, dass es Ihnen in keinsten Weise um Betroffene geht, in keinsten Weise darum, über bessere Rahmenbedingungen zu sprechen und hier in dieser Stadt Sozialpolitik zu machen, sondern das, was Sie machen, ist Politik auf Kosten der Betroffenen. Sie sind sich offensichtlich auch nicht zu blöd dazu herzugehen und zu sagen „Reden wir über den Rahmen“, aber die Betroffenen, konkret die hier in der Drogenpolitik, die benützen wir für die eigene Politik. Das kann ich Ihnen nicht ersparen. Insofern empfehle ich allen, den heutigen „Falter“ zu lesen. Vielen Dank. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist der Herr StR DDr Schock. Ich erteile ihm das Wort.

StR DDr Eduard **Schock**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Frau Kollegin Hebein, wir haben ja diese Sondersitzung vor allem mit dem Zweck einberufen (*GR Heinz Hufnagl: Um über die Frau Kappel etwas zu erfahren!*)), hier die Hintergründe, die eigentlichen Zwecke klarzulegen, die die Sozialdemokratische Fraktion, aber auch die GRÜNEN hier verfolgen, wo man sich in Sonntagsreden immer zur Sozialpolitik bekennt und in Wirklichkeit dann das Gegenteil tut. Man verkauft, man gliedert aus und man privatisiert. Es ist die Ära Häupl, es ist die Zeit des Bgm Häupl eigentlich durchgehend von Privatisierungen gekennzeichnet. Schauen wir uns das einmal an:

Er ist 94 hier angetreten und schon vier Jahren später, 98, wurde diese berühmt berüchtigte Quelle in den Wildalpen verkauft, unser Wiener Wasser. 99 waren es dann die Wiener Stadtwerke Aktiengesellschaft, 2000 Wiener Wohnen, 2002 die Wiener Museen, ebenfalls 2002 die Spitäler, 2004 der Fonds Soziales Wien, da hat die Frau Kollegin Hebein ja darüber gesprochen, 2008 die Friedhöfe und 2009 Wien Kanal. Der Zweck, den die Mehrheitsfraktion hier verfolgt hat, der Zweck, Herr Kollege Schicker, der Zweck (*GR Dipl.-Ing Rudi Schicker:*

Wem gehört der Wien Kanal jetzt?), den Sie verfolgt haben, war die Flucht aus der politischen Kontrolle, Herr Klubobmann Schicker. *(GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Wem gehört der Wien Kanal jetzt?)* Sie sind mit dieser Politik aus der Kontrolle geflüchtet. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und, Herr Kollege Schicker, Sie waren ja in der letzten oder vorletzten Präsidiäle, als der Leiter des Verfassungsdienstes hier, als der Herr Pauer darüber referiert hat. Der Herr Pauer hat ganz klar ausgeführt, dass in all diesen Bereichen *(GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Wer ist der hundertprozentige Eigentümer der Wiener Linien? Wer ist der Eigentümer der Stadtwerke?)*, Herr Kollege Schicker, es keine politische Kontrolle mehr gibt, dass keine politische Kontrolle mehr stattfindet. *(GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Ja, aber Sie wissen, wer der Eigentümer ist!)* Ja, ich weiß, das hören Sie nicht gern, Herr Klubobmann, aber der Herr Pauer hat das ganz klar ausgeführt. Es gibt in all diesen Bereichen – ja, Sie wollen das natürlich, Sie sind stolz darauf, dass Sie die Kontrolle ausgeschaltet haben, dass wir kein Fragerecht mehr haben! Aber das ist eine Schande, Herr Klubobmann! *(Beifall bei der FPÖ. – GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Wer ist denn der Eigentümer der Stadtwerke?)*

Aber das ist ja entlarvend. Bei den gesamten Stadtwerken, Herr Klubobmann, gibt es heute keine politische Kontrolle mehr und bei der Wien Holding keine politische Kontrolle. *(GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Sagen Sie es doch! Wer ist denn der Eigentümer der Stadtwerke?)* Und dass Sie jetzt auch noch die Anteile am Flughafen an die Wien Holding hinübergeschoben haben, um den letzten Rest an Kontrolle, den wir noch hatten, und wir haben das ja hier in den Diskussionen erlebt, nämlich hier die Vermögensverwaltung zu prüfen, dass Sie den auch noch durch einen bewussten Akt, Herr Kollege Schicker, bewusst ausschließen, das ist eigentlich eine Schande, wo Sie den gesamten Skylink der Prüfung entziehen.

Hier ist aber auch wieder die Rolle der GRÜNEN interessant, meine Damen und Herren, wo früher der Kollege Ellensohn sich immer als Kontrollor aufgespielt hat und heute ja eigentlich leugnet, dass es jemals einen Skylink-Skandal gegeben hat. *(GR David Ellensohn: Was?)* Na, Sie haben ja gesagt, das ist in Wahrheit kein wirklicher Skandal, was beim Skylink passiert ist, und da ist ja auch die Rolle der GRÜNEN hinterfragenswert *(Aufregung bei den GRÜNEN.)*, wenn hier plötzlich alles abgeleugnet wird. Da stellen sich natürlich die Menschen schon die Frage: Womit sind die GRÜNEN hier eigentlich eingekauft worden? *(Beifall bei der FPÖ.)* Was haben Sie hier erhalten, dass Sie hier umfallen, dass Sie der SPÖ die Mauer machen? Das werden sich die Wähler merken, Frau Kollegin Hebein.

Aber auch zur Sozialpolitik, die ja die Kollegin Hebein von den GRÜNEN jetzt da ganz groß ausgeführt hat. Der Zweck dieser Ausgliederungen war ja vor allem die Flucht aus der sozialen Verantwortung, der Sozialabbau. Sie wissen das ja durch die Beamten, die Sie dort drinnen sitzen haben. Und dass die GRÜNEN gerade hier überall der Steigbügelhalter sind, dass sie hier mitmachen. Wenn den Beamten hier der Sozialabbau immer

mehr betrieben wird, dann ist das entlarvend, meine Damen und Herren von den GRÜNEN.

Nur zwei Beispiele dazu: Die Wiener Stadtwerke. Schauen wir uns an, unter welchen Schandbedingungen hier die Autobusfahrer heute bei den Wiener Linien arbeiten müssen, welche Verschlechterungen es hier gegeben hat. *(Heiterkeit bei GR Gerhard Kubik.)* Ja, Schandbedingungen in Wahrheit, Herr Kollege Kubik. Sie wissen das genau als ehemaliger Bezirksvorsteher. Zu Ihnen kommen ja die Personalvertreter.

Oder ein zweites Beispiel, die Kettenverträge. Das muss man sich ja vorstellen: Heute werden im Magistrat Kettenverträge abgeschlossen, wo man Beamte hinaus-schmeißt, Vertragsbedienstete, um die gleichen Menschen dann unter den gleichen Bedingungen später nach ein paar Monaten wieder aufzunehmen, nur um zu verhindern, dass die Leute dort Sozialansprüche erwerben. So weit sind wir heute durch diese Ausgliederungen, durch diese Privatisierungen, dass sie heute Kettenverträge haben, um das Entstehen von Sozialansprüchen zu verhindern. Wer hätte sich das je früher träumen lassen, dass heute eine Fraktion, die in Sonntagsreden immer den Sozialstaat im Munde führt, ausgliedert mit dem einzigen Ziel von Lohnkürzung, von Personalabbau und von Sozialabbau, Frau Kollegin Hebein, und Sie wissen das von Ihren Beamten dort. Und dass die gleiche Fraktion, die den Klassenkampf in Sonntagsreden immer im Munde führt und immer erwähnt, selbst im eigenen Bereich genauso handelt und dort, wo es um das eigene Geld und das eigene Budget geht, dann wie der ärgste Kapitalist, eigentlich wie der Ausbeuter handelt. Und dass die GRÜNEN da jetzt seit drei Jahren überall mitmachen, meine Damen und Herren. Kaum sind Sie in der Regierung, verraten Sie Ihre Wähler, tragen alles mit, Nulllohnstunden, Sozialabbau, und so weiter. Das ist die eigentliche Schande. Aber die Menschen spüren das längst, die Doppelzüngigkeit dieser Politik von Rot und Grün. Und die Wähler werden Ihnen bei der Wahl im Herbst auch die Rechnung präsentieren, meine Damen und Herren. Sie werden diese Rechnung für diese Doppelzüngigkeit von Rot und Grün bekommen. *(Beifall bei der FPÖ. – GR Senol Akkilic: Es gibt keine Nulllohnstunde! – GRin Birgit Hebein. Keine Nulllohnstunde! Es gibt sie nicht!)* Aber das, womit Sie die Beamten abgespeist haben, das wissen die Beamten selbst am besten einzuschätzen.

Herr Kollege Meidlinger, jetzt zu Ihnen. Es ist ja im Wahlkampf bekanntlich so, dass nicht jedes Wort auf die Goldwaage gelegt wird. Aber was Sie sich hier vor der Wiener Volksbefragung geleistet haben, das ist eigentlich mehr als eine bloße Schwindelei, das ist eigentlich mehr als eine Wählertäuschung. *(Aufregung bei GR Ing Christian Meidlinger.)* Und schauen wir uns das noch einmal an, Herr Kollege Schicker. Da stellen Sie als SPÖ die scheinheilige Frage: „Sind Sie dafür, dass die Betriebe vor einer Privatisierung geschützt werden?“

Da stellt der Kollege Schicker die scheinheilige Frage im Wissen, dass er ja das Wasser im Hochschwab-Gebiet, die Seisenstein-Quelle, bereits privatisiert hat, dass er 630 m³ täglich ... Meine Damen und Herren von

den GRÜNEN, ich glaube der Kollege Ellensohn ist es immer oder der Margulies, der vom Schwimmbecken redet: Was ist das schon? Ein Schwimmbecken. 630 m³ täglich sind unter der SPÖ privatisiert worden und das alles haben Sie vor dieser Volksbefragung verschwiegen. Ja, und meine Damen und Herren, Herr Kollege Schicker, Herr Kollege Meidlinger, da frage ich Sie wirklich: Was heißt denn das, wenn Sie hier die Menschen vor einer Volksbefragung hinters Licht führen? Was ist denn das andere, Herr Meidlinger, als ein Wahlschwindel? Das ist überhaupt nichts anderes, Herr Schicker! Das war ein klassischer Wahlschwindel, Herr Meidlinger, den Sie da ... (*Beifall bei der FPÖ.*) Und, Kollege Meidlinger, da ist die Faktenlage ganz eindeutig. Ich weiß, Sie wollen ablenken, weil Ihnen das nicht angenehm ist. (*GR Ing Christian Meidlinger: Ich will nicht ablenken! Zeigen Sie mir die Listen!*) Da ist das ganz eindeutig, das Wassernutzungsrecht in Wildalpen ist von der SPÖ verkauft worden. Und das Unglaubliche ist, da gibt's einen Parteisekretär, der heute ja nicht im Hause ist, wie ich sehe, den Kollegen Deutsch, den ich zumindest jetzt hier nicht sehen kann, der kommt am 1. März hier heraus, das war die vorvorige Sitzung, da kommt der Herr Zentralsekretär Deutsch hier heraus und wirft uns theatralisch vor, die Wassernutzungsrechte verkaufen zu wollen. Da sagt der Herr Deutsch wörtlich: „Das wollen Sie verscherbeln.“, vorwurfsvoll gespielt und verschweigt, dass er selber, seine Fraktion, das Wasser ja bereits verkauft hat. Und da sagt der Herr Deutsch wörtlich: „Die Eigentumsrechte sind zivilrechtlich und auch wirtschaftlich“ – auch wirtschaftlich, hat er gesagt – „immer vollständig bei der Stadt gelegen.“ (*GR Mag Wolfgang Jung: Er kennt sich nicht so aus!*) Ja, das ist die Unwahrheit, das ist beweisbar die Unwahrheit. Da hat der Herr Kollege Deutsch am 1. März hier von diesem Pult aus die Unwahrheit gesagt. Ich darf Ihnen das zitieren: „Die WWV“ - das ist diese Wildalpen Wasserverwertungsgesellschaft - „ist als wirtschaftliche Eigentümerin zu betrachten.“ Und Zitat weiter: „Es handelt sich daher um eine echte Privatisierung, keine formale, eine Ausgliederung, über die heute gesprochen worden ist.“ Es handelt sich hier um eine echte Privatisierung! Das ist die Rechtslage! Und Ihr Zentralsekretär, der Zentralsekretär der größten Fraktion, der noch größten Fraktion in diesem Haus, kommt hier heraus und sagt hier vor ein paar Wochen die Unwahrheit. Er steigert sich noch rein, er sagt gespielt vorwurfsvoll in unsere Richtung: „Das wollen Sie verscherbeln. Aber ich kann Ihnen eins sagen: Wir werden uns das Wasser nicht abdrehen lassen.“ Das sagt der Herr Deutsch als Ihr Zentralsekretär eine Woche vor der Volksbefragung. Die war ja bekanntlich vom 7. bis 9. März und eine Woche vorher, am 1. März, erzählt er uns diesen Schmäh hier und verschweigt völlig, dass ihr alle, dass die rote Fraktion das Wasser ja längst verscherbelt hat. Ja, Herr Kollege Schicker, Herr Meidlinger, jetzt frage ich Sie wirklich: Wie soll man denn das anders nennen? Das war ein klassischer Wahlschwindel, den ihr da gebaut habt! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber, meine Kollegen von der SPÖ, der Herr Zentralsekretär und auch der Herr Meidlinger sind ja wahr-

scheinlich nur ein kleines Licht, wenn man sich die Doppelzüngigkeit dieser Fraktion anschaut, wenn man hier in Sonntagsreden davon redet, dass man die Oberen zur Kasse bitten will, Reichensteuern verlangt und dann überhaupt nichts dabei findet, unser Wiener Wasser, die Seisenstein-Quelle, an einen Millionär zu verkaufen. Da gibt's einen Parteiobmann Ihrer Fraktion, den Herrn Faymann, der lässt groß plakatieren „Zeit für Gerechtigkeit“ und findet dann überhaupt nichts dabei, und da war er dabei 1998, das an Spekulanten zu verscherbeln. Da gibt es einen Wiener Parteiobmann, Ihren Bürgermeister, der ja immer noch Bürgermeister in dieser Stadt ist, den Herrn Häupl, der stellt sich vor der Volksbefragung hin und sagt, ich garantiere für das Wiener Wasser, und verschweigt uns völlig, dass er selbst als Bürgermeister am 4. Dezember 1998, da war er bereits vier Jahre Bürgermeister, das Wasser verkauft hat. Und jetzt frag' ich Sie: Um welchen Preis? Was für ein Geschäft hat er für uns gemacht? 3 700 EUR im Jahr, wo das ganze 15 Millionen wert ist, meine Damen und Herren! 3 700 EUR im Jahr hat er herausgeholt und, nicht zu vergessen, eine Ehrenbürgerschaft für sich selbst nämlich, eine Ehrenbürgerschaft der Gemeinde Wildalpen für den Herrn Häupl. Ja, was das für ein desaströses Bild macht, das werden wir ja bis zu dieser Wahl noch hinlänglich aufzeigen können, was für ein desaströses Bild in der gleichen Sitzung der Gemeinde Wildalpen, wo er unser Wiener Wasser verscherbelt hat, in der gleichen Sitzung ist dort die Ehrenbürgerschaft beschlossen worden, Herr Kollege Schicker. Als Gegenleistung eine Ehrenbürgerschaft für den Herrn Häupl. (*Aufregung bei GR Dipl-Ing Rudi Schicker.*) Und, Herr Schicker, Herr Meidlinger, der Wiener Steuerzahler hat das Geschäft nicht gemacht, da hat nichts dabei herausgeschaut. Das Geschäft hat der Herr David Paul Steicke aus Hongkong gemacht, ein Pokerspieler, ein Glücksspielkönig, ein Millionär, der jetzt mit unserem Wiener Wasser spekuliert, der hat das Geschäft gemacht. Das ist ja das Ungeheuerliche, was Sie sich da geleistet haben: Andere beschuldigen, nämlich uns beschuldigen, das Wasser verkaufen zu wollen und dann eine scheinheilige Volksbefragung zu diesem Thema durchzuführen und einfach zu verschweigen, meine Damen und Herren von der SPÖ, dass Sie das Wasser ja bereits längst an einen Spekulanten verkauft haben.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** (*unterbrechend*): Herr Stadtrat, ich bitte um den Schlusssatz. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

StR DDr Eduard **Schock** (*fortsetzend*): Herr Schicker, ich frag' Sie daher wirklich: Was sollen die Wähler bei dieser Wahl davon halten? Was ist das wirklich anderes als ein ganz klassischer Wahlschwindel, den ihr euch da geleistet habt, Herr Kollege Schicker? (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist der Herr GR Herzog. Ich erteile ihm das Wort.

GR Johann **Herzog** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Vorsitzender!

Ich möchte zuerst ein bisschen auf einige Wortmeldungen eingehen, vor allem auf den Herrn GR Neuhuber. Die Einleitung von ihm war eine reichlich unfreundliche, aber in der grundsätzlichen Aussage, würde ich sagen, haben wir doch sehr viel Übereinstimmung zu sehen, würde ich meinen. Es läuft viel schief in der Gemeinde Wien. Es gibt gerade in diesen Wien-Betrieben einen Haufen Günstlinge und Höflinge, hat er gesagt, und die Privatisierung per se sei nicht negativ. Das ist auch unsere Meinung, keine Frage, ich sehe das auch so, sehr richtig. Aber in allen Gemeinde-Wien-Betrieben bei diesen formalen Privatisierungen muss die Kontrolle möglich sein und gewahrt bleiben. Das ist das Entscheidende. Für mich ist nicht so sehr die Daseinsvorsorge entscheidend, weil das für mich ein weiterer Begriff ist. Ich rede davon, dass die Grundversorgung in Wien in öffentlicher Hand bleiben soll. Das ist für mich was Wesentliches. Allerdings ist es genauso wesentlich, dass auch hier die Gremienkontrolle gegeben ist. Woanders, in anderen Bereichen, ist ja durchaus zu privatisieren, wenn es möglich und sinnvoll ist. Aber auch hier wieder, wo es im Eigentum der Gemeinde Wien oder im maßgeblichen Eigentum bleibt, muss Kontrolle möglich sein. Simpel formuliert: Der Gemeinderat oder gemeinderatszuständige Gemeinderatsausschuss müsste eine Art Aufsichtsratsfunktion ausüben können.

Und dann noch zum Kollegen Neuhuber, der in Berlin beim Wasser die Privatisierung genannt hat. Das ist in der Zwischenzeit dort offensichtlich schiefgegangen. Es wird auch mit Zustimmung der Regierungspartei CDU wieder rekommunalisiert. De facto aber ist es so, dass formale Privatisierung, wie sie in Wien überall betrieben wird und überall betrieben wurde, bedeutet, das Machtkonstrukt der SPÖ zu erhalten und die Kontrolle zu vermeiden.

Man sagt jetzt, wir haben Betriebe, Unternehmungen der Stadt Wien, keine Frage, über 360 GesmbHs oder Gesellschaften in der Wien Holding und in all diesen Bereichen ist die Kontrolle zum Einsturz gekommen. Es ist also dem Gemeinderat oder den Ausschüssen nicht mehr möglich, die betriebliche Führung und die betrieblichen Entscheidungen zu überprüfen, und das gilt auch für die Fonds, obwohl natürlich die finanziellen Mittel sehr wohl von der Stadt Wien zur Verfügung gestellt werden.

Wenn man als Beispiel eines nehmen kann, komme ich gerne auf die unglaubliche Skandalchronik rund um die beiden Gesellschaften Wiener HausbetreuungsGesmbH und AußenbetreuungsGesmbH zurück, die wir im Kontrollamt eingebracht haben. Es hat da eine Fülle von Skandalen und Problemen gegeben, wo wirklich als Folge der Ausgliederung vieles passiert ist, was nicht mehr kontrolliert werden konnte, Scheinausschreibungen, eine Vetternwirtschaft, brutales Mobbing. Es war sozusagen „bring your family“, es waren alle miteinander verwandt. Es wurde auch gegen eine EU-Richtlinie verstoßen, indem Wiener Wohnen diese HausbetreuungsGesmbH ohne Ausschreibung mit ihren Aufgaben betraut hat. Eine Zentralbetriebsrätin - was auch interessant ist - war Prokuristin und hunderttausende Euro

mussten für verlorene Prozesse im Arbeitsgericht locker gemacht werden.

Mit einem Wort: Wiener Wohnen hat die Firmen nicht unter Kontrolle gehabt, wahrscheinlich auf Grund der Vorgänge, die da waren, wie gesagt, Gehälter, Preisab-sprachen, vieles mehr. Zwischen 2005 und 2008 wurden je vier Geschäftsführer, vier Prokuristen und drei leitende Angestellte verbraucht. Das Kontrollamt hat dann letztendlich einen vernichtenden Bericht als Folge einer Privatisierung à la SPÖ geliefert. Alles, was vorgeworfen wurde, hat sich bewahrheitet. Ich brauche es nicht noch einmal zu wiederholen.

Es wurden dann die beiden Firmen zu einer verschmolzen. Dessen ungeachtet muss man sagen, von 2005 bis 2007 hat es noch einen Gewinn von 10 Millionen EUR gegeben, im Jahr 2009 einen Verlust von 2 Millionen EUR und es mussten zusätzlich 10 Millionen EUR für die Fertigstellung eines Waschküchensystems aufgewendet werden.

Mit anderen Worten, es hat auch Verfahren gegeben, die eingeleitet wurden. Die Ergebnisse sind mir noch nicht bekannt. In tausend Fällen wurde gegen fünf Firmen ermittelt. Mit einem Wort, das Ergebnis war eine Katastrophe. Damals, sage ich in diesem Zusammenhang, war Wiener Wohnen ganz offensichtlich ein Selbstbedienungsladen.

Jetzt zu Wiener Wohnen selbst: Als Unternehmung der Stadt Wien sollte man glauben, dass hier die Kontrollrechte des Gemeinderates in größerer Form vorhanden sind, also keine Rechtspersönlichkeit und Organe sind zuständig, unter anderem Gemeinderat und die Ausschüsse. Auch klar. Des Weiteren ist festzustellen, dass der Gemeinderat die Oberaufsicht inne hat, dass er alles Mögliche machen kann, Abänderung des Statuts - es wäre sehr empfehlenswert, wenn man hier darüber nachdenkt, wie man ein Statut abändern kann, dass effektive Kontrolle im Gemeinderat oder im Ausschuss möglich gemacht wird -, unter anderem Prüfung und Genehmigung des jährlichen Wirtschaftsplanes und Jahresabschlusses.

Vom Gemeinderatsausschuss dagegen ist zu sagen, dass der Wirkungsbereich die Vorberatung von Anträgen ist, unter anderem vierteljährliche Berichte eingehen, und die Beschlussfassung über Beteiligungen der Unternehmung der Stadt Wien und deren Aufgabe beschlossen wird. Siehe, was dabei herauskommt, Hausbetreuungs-GesmbH und ihre Folgen.

Der Direktor der Unternehmung hat laut Statut Geschäfts- und Betriebsführung zu gewährleisten, soweit sie nicht nach diesem Statut dem Gemeinderat, dem Gemeinderatsausschuss, dem Stadtsenat oder dem Magistratsdirektor zugewiesen ist.

Das heißt also, wir haben einen Wirtschaftsplan, der einmal jährlich abgesehen und beschlossen wird. Es gibt einen Investitionsplan, der ebenfalls einmal jährlich zur Begutachtung kommt. Es gibt Vierteljahresberichte, die ebenfalls diskutiert werden. Aber alles in allem gibt es konkret keine wirkliche Kontrolle. Was die Wirtschaftsführung betrifft, haben die laufenden Geschäfte keine Mitwirkung von Gemeinderat oder Gemeinderatsaus-

schuss vorgesehen. Das ist in der Praxis eine halbe Katastrophe.

Ich habe mir die letzten drei Protokolle der Gemeinderatsausschusssitzungen von Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung herausgeholt und habe nachgeschaut.

Am 29. März 2013 hat es 42 Geschäftsstücke gegeben. Von diesen 42 Geschäftsstücken waren 35 Kleingartenkäufe. Das heißt, der überwiegende Teil hat sich mit im Grunde genommen Kleindingen, mit Lappalien, beschäftigt.

Am 25. Februar 2013 hat es 25 Poststücke gegeben, davon 16 Kleingartenkäufe.

Am 4. Februar 2013 hat es 69 Geschäftsstücke gegeben, also sehr viele, von denen insgesamt 59 Kleingartenkäufe waren.

Also, wir machen natürlich gerne den Menschen und den Bürgern, die Kleingärten erwerben wollen, eine Freude und stimmen dem zu, was auch kein Problem ist, aber ich glaube, es ist nicht die Aufgabe des Gemeinderates oder des Gemeinderatsausschusses, sich zu zwei Dritteln oder zu drei Vierteln oder 90 Prozent mit diesen Dingen zu beschäftigen. Alle anderen wichtigen Dinge bleiben auf der Strecke und kommen weder in den Ausschuss noch in den Gemeinderat. *(GR Dr Kurt Stürzenbecher: Sie wissen genau, dass das nicht stimmt, was Sie sagen!)* Das ist wirklich ein Jammer. Da gehört wirklich das Statut geändert, Herr Kollege. Das ist wirklich kein Zustand! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich sehe darin eine wirkliche Umgehung der Rechte des Gemeinderates. Der Gemeinderat dieser Stadt ist entmachtet, hat über die wesentlichen Dinge nichts mehr zu reden, wird mit Lappalien abgespeist und in seiner Tagesordnung, nicht nur bei Wohnen oder Wohnbau, sondern in allen Ausschüssen, passiert im Grunde genommen eigentlich nichts mehr von Bedeutung. Alles ist weg. Die Unternehmungen werden nicht wirklich kontrolliert, die Betriebe auch nicht. Die Betriebe der Holding sind ausgegliedert. Das heißt also, ein perfektes Machtwerk der SPÖ, das sich der Kontrolle entzieht, in dem ihre Günstlinge sitzen, die das fünffache Gehalt des Bürgermeisters beziehen. Und, und, und gibt es hier. Es ist eine Ungeheuerlichkeit, in welchem Ausmaß Demokratie hier zur Karikatur verkommt! Das möchte ich in aller Deutlichkeit sagen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich glaube auch, dass es dringend notwendig ist, hier eine Änderung herbeizuführen. Es wird uns natürlich bei einer sozialistischen Mehrheit mit den grünen Anhängseln nicht gelingen. Aber ich hoffe, dass irgendwann in einem Wahlgang einmal die Mehrheiten bröckeln und es dann eine ernsthafte Debatte über Demokratie in dieser Stadt gibt, dass Demokratie verwirklicht und auch ernst gemeint wird und nicht nur sozusagen als Schönwetterprognose in den Raum gestellt wird. Das ist wirklich eine unglaubliche Vorgangsweise!

Ich möchte noch etwas klarstellen, weil das hier und da immer so unklar über die Bühne kommt, nämlich das Thema Privatisieren der Gemeindebauten: Ich darf feststellen, die FPÖ war immer dagegen. Ich bin jetzt immerhin seit 1990 in diesem Haus und habe die längste Zeit als Wohnbauprecher - nunmehr ist es die Frau

Kollegin Frank - immer klargestellt, dass die FPÖ nicht für einen Verkauf von Gemeindewohnungen ist. Wir haben immer entsprechende Dinge abgelehnt und diese Dinge klargestellt. Das möchte ich hier feststellen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und zwar aus mehreren Gründen, weil der Verkauf von Wohnungen zumeist sicherlich zum Nachteil der Mieter im Großen und Ganzen ist. Es gibt auch die Gemeindebauten, vielfach in nicht besonders guten Lagen, sagen wir ruhig, in schlechten Lagen, wo dann die Wiederverkaufsmöglichkeit einer Gemeindewohnung, die privatisiert wurde, kaum mehr möglich ist und sie darauf sitzen bleiben. Dann gibt es die Belastung bei Sanierungs- und bei Reparaturmaßnahmen, an denen der nunmehrige Eigentümer beteiligt ist. Ich glaube, dass das Dinge sind, die den Mietern nicht gut tun. Wir kennen das bei Althausaufteilungen und bei Teilungen, wo genau diese Dinge dann auf die neuen Besitzer zukommen.

Des Weiteren ist für uns der Gemeindewohnungsbereich ein wesentlicher Faktor zur Mietendämpfung. Leider will die SPÖ das nicht mehr aufrecht erhalten. Die Gleichschaltung mit dem sonstigen sozialen Wohnbau, wie er nunmehr stattfindet, ist leider kontraproduktiv in dem Zusammenhang. Der Richtwertzins, auf hundert Prozent nunmehr angehoben, heißt, dass die Neuvermietungen teuer werden und die Leistbarkeit auch der Gemeindewohnungen in Frage gestellt ist. Leider, denn grundsätzlich wäre die Gemeindewohnung dazu da, um bei einer Mietendämpfung mitzuhelfen.

Darum sind wir erstens für eine Mietensenkung in diesem Bereich, weiters für den Bau von Gemeindewohnungen, die günstig angeboten werden, also nicht zu den jetzigen Gegebenheiten. Da ist eine Änderung ganz eindeutig notwendig.

Wir sind der Meinung, dass sich der Mietzins wieder auf den Kategoriemietzins bewegen sollte, und sind da erfreulicherweise gleicher Meinung wie die ÖVP, die das ein bisschen anders formuliert. Laut „Presse“ vom 14. März 2013 wird festgestellt: „Als Richtwert für ausfinanzierte Genossenschaftswohnungen dient derzeit der niedrigste im gesamten Bundesgebiet, der burgenländische, abzüglich 30 Prozent, macht einen Quadratmeterpreis von 3,29 EUR. Für Gemeindewohnungen gilt der jeweilige Landesrichtwertzins, in Wien 5,16 EUR. Die ÖVP fordert daher eine Gleichstellung. In beiden Fällen soll der burgenländische Richtwert Obergrenze sein.“ - Es freut mich, dass die ÖVP einer solchen Mietensenkung, wie wir sie schon lange, ein bisschen anders formuliert, aber fast auf gleicher Höhe, einfordern, nunmehr ebenfalls beitrifft.

Abschließend kann ich nur feststellen, Herr GR Deutsch hat festgestellt, die Wiener Volksbefragung 2013 ist ein voller Erfolg gewesen. Er lobt, besonders deutlich sei das Votum der Wienerinnen und Wiener gegen den Ausverkauf öffentlicher Leistungen ausgefallen, 87,17 Prozent haben den immer wieder vorgetragenen Privatisierungsplänen von ÖVP und FPÖ eine klare Absage erteilt. - Ich weiß nicht, von welchen Privatisierungsplänen der FPÖ Herr GR Deutsch spricht. Er ist

heute nicht da, er kann es nicht beantworten.

Aber wir nehmen diese 87 Prozent zum Unterschied von der SPÖ ernst und wollen daher Grundversorgungseinrichtungen der Stadt Wien und die entsprechenden Firmen und Unternehmen wiederum in den Bereich der Stadt Wien zurückführen und jene Betriebe der Holding, die in dieses Schema einer Grundversorgung passen, ebenfalls wieder zurückführen, bei den anderen von Fall zu Fall entscheiden, in welcher Form und Weise sie weitergeführt werden, privatisiert oder in öffentlicher Hand. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich Herr GR Mag Jung zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Nachdem die SPÖ nicht nur im wirtschaftlichen Bereich, sondern auch bei der Bildung privatisiert, eingangsgleich ein Antrag von uns: Wir sind nicht der Meinung, dass die Deutschkurse, wie es in der Praxis geschieht, über Vereine privatisiert werden. Es wird heute noch darüber geredet werden. Ich stelle daher folgenden Beschlussantrag:

„Der zuständige Stadtrat wird aufgefordert, die Privatisierung des Deutschunterrichts, wie sie durch die Übertragung der Aufgaben an den entgeltlich werkenden externen Verein Birlikte Ögrenelim - Gemeinsam Lernen vorgenommen wurde, rückgängig zu machen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ein Satz noch zum Kollegen Neuhuber: Es wurde gerade richtiggestellt, wie wir den Bereich der Privatisierung sehen. Unsere Skepsis ist bei der Privatisierung und unser Widerstand vor allem auch im Bereich der Daseinsvorsorge, wo es oft weitgehend nicht funktioniert, weil vor allem manche Aufgaben zu kurz kommen würden. Das Übrige, was Richtung uns von ihm gesagt wurde, rechne ich unter Pflichtübung und hoffe nicht, dass es bereits der Vorlauf einer Afghanistan-Koalition im Bund ist, der hier vorbereitet wird. Aber wir werden ja sehen.

Die Definition von Privatisierung und dass das, was Sie tun, unter Privatisierung fällt, wurde auch schon vom Kollegen Neuhuber und auch nachher noch einmal eindeutig angesprochen. Sie hätten bloß in die einschlägigen Lexika schauen müssen, was eine formelle Privatisierung ist. Das ist dort sehr gut nachzulesen und trifft genau auf das zu, meine Damen und Herren, was Sie hier tun.

Jetzt fragt man sich: Warum tun Sie das? Ich habe dafür drei Gründe gefunden, die man anführen könnte. Sie treffen aber aus meiner Sicht nicht in allem zu.

Billiger ist die Geschichte dadurch nicht geworden. Wir haben gehört, wie lächerlich der Gewinn aus den Unternehmen ist und die Wiener haben gespürt, wie die Preise von Straßenbahn, Wasser, Gas und, und, und erhöht wurden. Also, billiger fällt aus.

Die zweite Variante wäre, die zuständigen Stadträte sind unfähig, diese Betriebe zu führen, oder man traut es den Beamten nicht zu. Das trifft in Teilen wahrscheinlich

zu. Wir haben das bei der Prater-Vorplatz-Geschichte gesehen, wo dann die StRin Laska nach sehr kurzer Zeit gehen musste. Sie konnte es halt nicht. Aber das ist, hoffe ich zumindest, nicht der Regelfall, dass die Stadträte unfähig sind.

Der letzte und wahrscheinlich wichtigste Beweggrund ist für Sie, die Probleme auszulagern oder aber, wie schon angesprochen, sie der Kontrolle durch den Gemeinderat zu entziehen. Gerade das, vermute ich, wird der Hauptgrund sein. Denn nur dadurch ist es möglich, auch im Bereich der Daseinsvorsorge und in anderen, Manager mit Spitzengehältern zu beschäftigen, die ein Vielfaches des Bürgermeisters verdienen, Herr Kollege Meidlinger, und dann bei den einfachen Gemeindebediensteten zu drücken, wo es nur geht und nicht einmal die Inflation abzugelten. Das ist die Realität, kann ich Ihnen nur sagen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Von diesen Damen und Herren, die dann dort auf den entsprechenden Posten sitzen, ist natürlich kein besonderer Widerstand zu erwarten, wenn man unter dieser Ebene andere Personen unterbringen will. Es wurde schon angesprochen, „bring your family“. Sie brauchen sich nur die Namen anzuschauen. Wir werden sie, das verspreche ich Ihnen, vor den nächsten Wahlen auch noch sehr genau anschauen und werden auch das ans Licht der Öffentlichkeit bringen! *(Beifall von GRin Uta Meyer.)*

Es gibt auch keinen großen Widerstand, wenn es dann plötzlich freiwillige Spenden aus diesen Bereichen an Vereine gibt, Beteiligungen an Festen und so weiter, Finanzierung diverser linker Organisationen, Inserate und all das. Bei Inseraten haben Sie Ihr großes Vorbild, den aus dem Land Wien in die Bundesregierung gewechselten Bundeskanzler Faymann, ÖBB und so weiter. Das ist Ihnen in der SPÖ alles sicherlich gut bekannt, oder wenn man Unterstützer für verschiedene Veranstaltungen braucht.

Das führt dann dazu, dass diese Leute so abhängig werden, dass sie auch verwendet werden, um Parteipolitik zu machen. Ich bringe Ihnen ein Beispiel aus dem letzten Wiener Gemeinderatswahlkampf und einem SPÖ-Werbevideo. Da mussten die Manager dieser Betriebe reihenweise antanzen und peinliche Lobeshymnen auf das Stadtoberhaupt singen, teilweise allerdings mit Ableseproblemen vom Teleprompter, wenn man es sich anschaut. Da müssen sie sagen: „Diese Stadt funktioniert nicht nur, sie lebt. Diese Stadt ist wahr.“, und ähnliche Lobsprüche. Oder ganz wörtlich, bitte, wie jemand sagt, und das hören Sie sich an: „Wien ist eine Stadt, in der wirklich alles funktioniert. Die U-Bahn fährt. Das Licht geht an. Wir haben den Strom aus der Steckdose.“ - Solche hirnrissigen Selbstverständlichkeiten müssen dann von hochrangigen Managern heruntergebetet werden. Es fehlt dann nur noch, dass der Nächste sagt: „Durch unseren Bürgermeister geht täglich die Sonne auf.“ - Es ist wirklich peinlich! Das ist wie bei Kim Il-sung. Aber Sie haben sich diese Leute abhängig gemacht.

Wer es nicht glaubt, dem empfehle ich, auf YouTube nachzuschauen - Sie haben eh alle den Computer mit -, die Wahrheit über Häupl's Unterstützer. Dort sind noch

viel mehr solcher Peinlichkeiten, die Sie selber, ich weiß nicht, in welchem Anfall, der Öffentlichkeit vorgezeigt haben, weil sie glaubten, es hilft ihm. Man darf sich dann eben, wie gesagt, auch nicht wundern, welche Namen man in den guten Positionen bringt.

Jetzt komme ich zu dem von mir angesprochenen Deutschunterricht: Vor Kurzem eine Schlagzeile: „Wiener Schulen fehlen im Herbst 1 400 Lehrer.“

Jetzt zitiere ich Ihnen etwas: „Schwarz-Blau hat Wien 1 000 Lehrer weggenommen. Von unserer Claudia Schmied haben wir sie wiederbekommen.“ - Haben wir sie jetzt von unserer Claudia Schmied gekriegt oder haben wir sie nicht gekriegt? Fehlen Lehrer oder fehlen keine? Offenbar haut es nicht hin mit dieser Geschichte. Das ist eindeutig, meine Damen und Herren von der SPÖ. Die Worte über Claudia Schmied stammen übrigens von Ihrem Bürgermeister. Die keineswegs rechte Internetseite Cyberweiber sagt, er war dabei so bewegt, dass er Tränen in den Augen hatte. Es ist wirklich zum Weinen, was hier in Wien mit der Schulpolitik läuft! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Jetzt ist die Sprachförderung, wie es da wörtlich steht, in Gefahr. Wieso denn? - Weil hier keine vernünftige Sprachförderung in dieser Stadt stattfindet. Die Deutschkurse haben sie an unkontrollierbare Vereine ausgelagert, die das als Beiwagerl bei ihren Aufgaben anführen, damit sie Förderungen kriegen. Es gibt keine Kontrolle der Lehrerqualität. Es gibt keine Kontrolle der Qualität der Hörer, der Teilnahme. Es gibt keine Ergebniskontrolle. Es wird Geld der Wiener hinausgeworfen. Das Ergebnis ist dann, „Mama lernt Deutsch“, bei Kaffee und Kuchen, führt zum Tratsch in der Muttersprache bei Kinderbeaufsichtigung. Das kann es, meine Damen und Herren, nicht sein!

Das Ergebnis dieser Politik sind diese Deutschkurse, von denen Sie uns dauernd vorschwärmen, die eigentlich nicht mehr notwendig sein müssten, denn der Herr Bürgermeister hat bereits vor mehr als zwei Jahren gesagt: „Ab Herbst kommt niemand mehr in die Schule, der nicht ordentlich Deutsch kann.“ - Bitte, täglich können Sie davon lesen, Sie können es von Ihren eigenen Lehrern, von Ihren eigenen Bediensteten, von den Leuten, die Staatsbürgerschaften zu bearbeiten haben, hören, dass die Leute nach zehn Jahren in Wien trotz des Kursangebotes noch nicht Deutsch können.

Dann fragt man sich: Was soll das? Wieso wird das gemacht? Zum einen zum Ruhigstellen. Es haben jetzt die GRÜNEN auch noch ein paar Vereine dazugekriegt. Und zum anderen deswegen, weil sie auch in diesen Vereinen, und schauen Sie sich einmal die Vereinsregister an, Ihre Leute unterbringen, weil sie dort, bei Ihren Leuten, die Sicherstellung haben, dass sie für Sie bei den nächsten Wahlen laufen müssen, um ihre Arbeitsplätze nicht zu verlieren. Das ist einfach die Situation in dieser Frage, meine Damen und Herren, und nichts anderes. *(Beifall von GRin Uta Meyer.)*

Deswegen tun Sie es, und nur deswegen, nicht aus Freundschaft, zu Orient Express oder sonst etwas, meine Damen und Herren! Das ist die Realität! Diese zeigen wir auf. Es ist eine Privatisierung von sehr vielen Aufga-

ben, die Sie auf diese Weise betreiben. Es ist genauso wie die Privatisierung im großen Bereich, ein Auslagern Ihrer Aufgaben an andere, ein unkontrolliertes Auslagern.

Dann gibt es noch einen Bereich, und da steigen Ihnen jetzt langsam selbst schon die Grausbirnen auf. Sie haben bisher nämlich bei sämtlichen EU-Verträgen zugestimmt, und jetzt kommen Sie auf einmal selbst drauf, dass es im Bereich der Daseinsvorsorge kritisch wird, dass die EU trotz Subsidiarität und allem über uns und auch über Sie, auch über den Wiener Bürgermeister und über das Land Wien, Herr Präsident, drüberfährt, über Österreich ohnehin. Wir haben es gerade bei der Daseinsvorsorge im Bereich Wasser gemerkt. Aber das Wasser ist nur Augenauswischerei für den Restbereich. Es betrifft nicht nur den Bereich des Wassers, es betrifft den gesamten Bereich der Daseinsvorsorge, der hier gefährdet ist.

Sie haben gesagt: „Da müssen wir eben lobbyieren, damit es gut geht, und wir werden uns mit den anderen zusammensetzen.“ Aber Sie selbst wissen, dass das nicht gelaufen ist, dass diese Geschichte weitergeht. Sie merken es auch in anderen Bereichen, zum Beispiel Schienenverkehrsrichtlinie, wo wir jetzt mit unserem tollen Lobbyismus abgeschmiert sind. Es steigen Ihnen bereits die Grausbirnen auf, was Sie hier mit Ihrer Zustimmung gemacht haben. Das ist die Realität, nichts anderes!

Sie werden es merken und für Ihre Sünden büßen! Das Schlimme bei der ganzen Geschichte ist nur, dass für die Sünden nicht nur Sie, sondern auch die Wienerinnen und Wiener büßen! Sie werden es Ihnen zeigen, dass sie das gemerkt haben! Wir werden alles tun, um Ihnen das aufzuzeigen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr Frigo. Ich erteile ihm das Wort. *(GR Prof Harry Kopietz: Er bringt jetzt die Liste der FPÖ, die Frau-Kappel-Liste!)*

GR Univ-Prof Dr Peter **Frigo** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ein paar Worte zum FSW sind heute schon gefallen. Ich möchte mich nicht über die Qualität äußern, sondern eher über die Struktur, diese Ausgliederung in einen Fonds. Prinzipiell fehlt auch hier die Kontrolle. Es wird durch das Kontrollamt geprüft, keine Frage, aber eben nicht durch den Gemeinderat. Zum Beispiel gibt es in der nächsten Gemeinderatssitzung - ich erinnere an ein Milliardenbudget für Gesundheit in Wien - keinen Gesundheitspunkt, meine Damen und Herren. Das wollen wir nicht! Wir wollen die Kontrolle durch den Gemeinderat! *(Beifall bei der FPÖ.)*

In den Ausschüssen selbst und in den Sitzungen bekomme ich immer oberflächliche Informationen. Das kommt mir vor wie eine berühmte ärztliche Telefondiagnose, wenn ich einen Anruf bekomme: „Herr Doktor, mir tut alles weh. Was soll ich tun?“ - Die Antwort ist eben: „Nehmen Sie ein Pulver. Oder was soll ich machen?“ - Also, das geht nicht. Bei diesen Sitzungen geht es um Milliarden, zumindest oft um viele Millionen, und im Ge-

meinderat stimmen wir dann über irgendeine 1 000-EUR-Geschichte ab, zum Beispiel Mitgliedschaft im Social Network. Ich finde, das ist eigentlich eine Zumutung!

Ich möchte aber trotzdem erwähnen, Frau Hebein, und das wissen Sie, dass wir fast vollzählig in der FSW-Sitzung sind. Leider war am 15.4. kurzfristig eine Klubsitzung angesagt. Deswegen waren wir nicht zugegen. Das stimmt. Aber wir sind sonst bei jeder Fonds-Soziales-Wien-Sitzung fast vollzählig. (GR Kurt Wagner: *Das würde ich aber nicht unterschreiben!*) - Das können Sie! Sie können auch in den Protokollen nachschauen! Ich selbst bin praktisch jedenfalls in jeder Sitzung. (GR Kurt Wagner: *Sie sitzen ja noch nicht so lange im Gemeinderat, Herr Kollege!*) - Ja, aber in meiner Periode bin ich da. (GR Kurt Wagner: *Sehr kurz!*) Dementsprechend möchte ich sagen, dass wir folgenden Beschlussantrag einbringen:

„Der Gemeinderat der Stadt Wien fordert die zuständige amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales auf, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, den Fonds Soziales Wien in den Magistrat der Stadt Wien wiederinzugliedern.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ - Danke schön. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet hat sich Herr GR Kubik. Ich erteile ihm das Wort.

GR Gerhard **Kubik** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine werten Kolleginnen und Kollegen!

Zum Ersten möchte ich auch meine Freude zeigen, dass ich wieder hier sein darf. Ich war bereits vor 14 Jahren hier im Gemeinderat. Herr StR Herzog kennt mich auch aus der damaligen Zeit. Ich denke, dass sich da viel verändert hat, aber auch einiges gleich geblieben ist.

Ich fühle mich sehr wohl, habe allerdings geglaubt, dass ich meine erste Rede bei einem Thema halten kann, das inhaltlich ein bisschen mehr hergibt. Ich habe mir die Protokolle der Aktuellen Stunde durchgelesen. Dort ist letztes Mal über das Wiener Wasser auch sehr ausführlich diskutiert worden. Es ist immer wieder seitens der FPÖ der Vorwurf gekommen, es wird das Wasser privatisiert. Es gibt immer die Gegenargumente. Also, es hat sich heute ziemlich viel wiederholt.

Ich habe mir gedacht, vielleicht kann man es mit einem anderen Beispiel vergleichen, was Sie immer mit Ihrer Privatisierung behaupten, wo ich der Meinung bin, dass es das nicht ist. Unter der Voraussetzung, ich hätte ein Haus - ich habe keines, nur ein Gartenhaus, aber sonst kein Haus -, wo es viele Wohnungen gibt, und ich mir die Arbeit nicht mehr antun will, gebe ich jemandem das Nutzungsrecht an diesen Wohnungen und sage, derjenige ist aber dafür verantwortlich, dass die Wohnungen erhalten werden, dass sie saniert bleiben, dass die elektrischen und sonstigen Leitungen funktionieren, behalte mir allerdings eine Wohnung, weil ich in dieser gerne wohnen möchte, und lasse mir das vertraglich absichern. Nach etlichen Jahren gibt es ein anderes

Angebot, ich denke mir, die Wohnung will ich nicht mehr, ich nehme mir eine andere Wohnung und verkaufe mein Recht an dieser Wohnung, das ich vertraglich gesichert habe. Jetzt ist die Frage: Bin ich es, der das Recht verkauft, oder ist es derjenige, der für das gesamte Haus verantwortlich ist? Ich denke mir, wenn man das als Vergleich nimmt, ist es da auch so. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Das stimmt nicht!*)

Es ist eine Vereinbarung aus dem Jahre 1903, in der steht, dass die Stadt Wien das Nutzungsrecht hat, die Gemeinde Wildalpen für eine Quelle ihr Nutzungsrecht hat, die Gemeinde auch durchaus profitiert, weil sie dadurch sehr viele Arbeitsplätze in dieser Region geschaffen hat, wie jeder weiß, der schon einmal dort war. Ich habe einen guten Freund besucht, der dort nicht angestellt ist, sondern dort ein Haus besitzt. Viel mehr Arbeitsplätze gäbe es dort nicht.

Ich glaube, dass es in Summe eine gescheite und gerechte Vereinbarung ist, die da getroffen ist. Diese Quelle gehört der Gemeinde Wildalpen. Sie an jemand anderen zu geben und das dann der Stadt Wien, und vor allem dem Herrn Bürgermeister, vorzuwerfen, auch in einem von der Formulierung her untergriffenen Ton, muss ich sagen, dazu braucht es schon viele Versuche, die Wahrheit ganz einfach nicht erkennen zu wollen.

Ich denke auch, es wurde heute viel davon gesprochen, Wiener Wohnen, Wien Kanal und Wien Museum sind privatisiert. Für mich ist immer bei Privatisierungen die Frage: Ist es eine Privatisierung, die einen Sinn macht, oder nicht? Ich denke, diese privatrechtlichen Ausgliederungen, und das ist schon sehr bewusst auch in der Diktion so gewählt, machen schon Sinn, weil es doch auch steuerrechtliche Möglichkeiten gibt, die sonst nicht da sind. Unterm Strich bleibt immer die Frage, wenn ich privatisiere und ich einen Eigentümer habe, der davon Ertrag hat und etwas verdient, dann ist es aus unserer Sicht eine schlechte Privatisierung. Wenn aber das, was erwirtschaftet wird, im Haus bleibt, in der Stadt Wien bleibt, in das Budget der Stadt Wien einfließt, dann halte ich es durchaus für eine gute Lösung, das so zu machen.

Ich denke, nachdem Wien jetzt doch schon mehrmals zur besten Stadt, beliebtesten Stadt, lebenswertesten Stadt gewählt wurde, dass auch diese privatrechtlichen Ausgliederungen durchaus Sinn gemacht haben, die Dienstleistungen der Stadt weiterhin auf sehr hohem Niveau sind, die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt auch sehr zufrieden sind.

Das hat man auch bei der Volksbefragung gesehen. Ich verstehe schon, dass das vor allem die FPÖ sehr schmerzt, nachdem man aufgerufen hat, ja nicht hinzugehen, die Zettel zu zerreißen. Da hat es mehrere Fotos gegeben, wo man quasi in Gemeinschaft Mistkübeln angefüllt hat, damit die Kollegen der MA 48 auch eine Arbeit haben. Dann waren es doch fast 40 Prozent, die sich daran beteiligt haben. Und 87 Prozent haben sich gegen Privatisierung ausgesprochen, nämlich im schlechten Sinn, dass Dinge verkauft werden. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Im schlechten Sinn?*) - Ja, im schlechten Sinn! Genau!

Es ist zwar schon des Öfteren angesprochen worden, aber ich glaube, man sollte es immer wieder sagen, es hat doch eine Regierungszeit gegeben, wo die FPÖ dabei war. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Die FPÖ war gut, aber die Regierung schlecht!*) In dieser ist die BUWOG privatisiert worden. Sie waren damals noch nicht da und vielleicht auch in der Politik noch nicht so tätig. Aber, wie den Pressemeldungen zu entnehmen ist, wurde sie nicht nur zu billig verkauft, es wurden gleich alle Rechte, die an sich an diesen Wohnungen bestanden haben, mitverkauft. Also, es gab kein Weitergaberecht mehr. Die Wohnungen wurden dann quasi freihändig nach Auszahlung der Förderung vergeben. Auch ein Punkt, der uns sehr schmerzt. Früher waren BUWOG-Wohnungen vielfach vorgesehen für Polizistinnen und Polizisten, die in Wien ihren Job gefunden haben, zu einem normalen Preis, den sie sich leisten konnten. Durch die Privatisierung der BUWOG war das auf einmal nicht mehr möglich.

Aber ich denke mir, vielleicht war das in Kombination mit der Zeit damals, wo in der Koalition der damalige Innenminister auch die Polizei ausgehungert hat. Damals hat man gedacht, wenn es eh keine Polizisten mehr für Wien gibt, braucht man auch keine Wohnungen, kann man sie eh gleich auch verkaufen. Vielleicht war das der Hintergrund.

Aber das zeigt, das ist eine Privatisierung, wie es heute auch schon angesprochen wurde, die durchaus auch etwas Privates gebracht hat. Es gibt mehrere Herren, die dafür geradestehen müssen, weil man draufgekommen ist, dass Zahlungen an sie geleistet wurden, an den Herrn Meischberger, an den Herrn Hochegger, an den Herrn Plech, und unterstellt wird, dass eventuell sogar der damalige Finanzminister ein bisschen mitgeschnitten hat. Das ist allerdings noch nicht bewiesen und es laufen noch die Verfahren.

Allerdings würde mich auch interessieren, und das ist heute schon angesprochen worden, diese berühmte oder berüchtigte Liste der Frau Kappel, die es angeblich gibt. Ich habe das zum ersten Mal gehört. - Sie lächeln. Aber jetzt habe ich mir gedacht, nachdem die vorgesehenen Redner der FPÖ die Liste nicht gebracht haben, kommt vielleicht einer der eingesprungenen Redner heraus und sagt: „Da ist jetzt die Liste. Ich zeige euch etwas. Es würde die Frau Kappel gerne privatisieren aus dieser Liste.“ - Ich habe wirklich aufgepasst. Es war nicht immer leicht. Wenn es nicht spannend ist, weil immer wieder dasselbe kommt, ist es auch nicht leicht aufzupassen. Dann ist die Liste wieder nicht gekommen. Ich würde mich wirklich freuen, wenn Sie einmal herauskommen und sagen: „Das sind die möglichen Privatisierungen, die uns vorschweben.“ - Dann können wir wirklich über Privatisierung reden. Dann können wir wirklich darüber reden, ob Bereiche dabei sind, die für die Wienerinnen und Wiener wichtig sind, die privatisiert werden wollen.

Wenn man sich ein bisschen die Geschichte in England anschaut - die damals verantwortliche Premierministerin wurde vor Kurzem begraben (*GR Heinz Hufnagl: Also, so eisern ist die Frau Kappel nicht!*) -, war die Privatisierung der Eisenbahn wirklich ein Erfolgserlebnis für

einige wenige. Dass die Eisenbahn dann teilweise nicht mehr funktioniert hat, dass die Wagen alt waren, dass die Schienen nicht mehr gewartet werden konnten, dass Züge ausgefallen sind (*GR Mag Wolfgang Jung: Ich nenne die U4!*), war wirklich eine tolle Erfolgsgeschichte einer Privatisierung. In diese Richtung dürfte die Liste offensichtlich gehen, weil sonst würde sie uns die Liste zeigen und sagen, worum es geht. Es ist eh alles nicht so dramatisch.

Bei dem, was vorher am Schluss gesagt wurde, fühle ich mich insofern sehr betroffen, weil ich sie sehr schätze. Ich war zwar gerade draußen, aber man hat es übertragen bekommen, nämlich, dass die Frau VBgmin Laszka zurücktreten musste. Dazu möchte ich schon auch hier klar und deutlich sagen, sie musste nicht zurücktreten, sondern sie war viele Jahre lang auch in einer Spitzenposition als Vizebürgermeisterin für die Stadt, für die Wienerinnen und Wiener tätig. Der Wurstelprater ist ein Vorzeigemodell geworden. Man kann ihn sich anschauen. Jeder, der sich einmal Zeit nimmt, kann schauen, was die letzten Jahre dort an Neuerungen stattgefunden hat und wie hoch die Frequenz der Besucher, der Wiener Besucher, aber natürlich auch der Touristen, ist. Dazu kann ich sagen, sie hat wirklich ein Erfolgsergebnis gehabt. Es ist eine Erfolgsgeschichte. Wenn sie freiwillig, nach jahrzehntelanger Arbeit, in Pension geht, und sagt, jetzt sollen es andere machen, zu sagen, sie musste gehen, weil so viele Skandale um sie waren, halte ich wirklich für eine Frechheit! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Zum Abschluss: Vieles ist gesagt. Ich habe mir einiges aufgeschrieben, was von den Wortmeldungen gekommen ist, aber nachdem ich jetzt doch einige Zeit Gelegenheit dazu habe, das an anderer Stelle und vielleicht dann auch öffentlicher zu präsentieren, wenn es um Themen geht, die nicht immer nur wiederholt werden, sondern wo es wirklich um sachliche Diskussionen geht, die heute nicht stattgefunden haben, möchte ich zum Schluss kommen und möchte noch einmal sagen, die Privatisierung der Quelle in Wildalpen ist keine Sache der Stadt Wien. Die Stadt Wien hat davon nichts haben können, weil es das Recht der Gemeinde Wildalpen ist. Was die Gemeinde für sich beschließt, ist deren Sache. Wir befinden auch nicht über Beschlussfassungen anderer Länder oder anderer Bundesländer. Auch wenn wir uns da und dort über Wahlergebnisse in den letzten Wochen gefreut haben, ist es deren Entscheidung.

Herr Gudenus hat ganz am Anfang von der Privatisierung der Zentralsparkasse gesprochen. - Sie waren damals auch noch nicht da, als das passiert ist. Es war nur so, eine Sparkasse gehört keinem. Eine Sparkasse, und von diesem Haus komme ich, gehört sich selbst. (*GR Mag Wolfgang Jung: Aha!*) Und was sich selbst gehört, kann ich nicht verkaufen. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Privatstiftung!*) Deshalb lege ich das ab unter: „Sie haben es halt nicht ordentlich nachgelesen.“

In diesem Sinne, glaube ich, haben wir jetzt gemeinsam, auch der Kollege Meidlinger vorher, zu Ihren Argumenten, die eigentlich keine wirklichen sind, genug gesagt. Ich freue mich aber auf die weitere Zusammenar-

beit in den nächsten Monaten. - Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr GR Ing Guggenbichler. Ich erteile ihm das Wort. *(GR Godwin Schuster: Jetzt kommt die Liste! - GR Prof Harry Kopietz: Die Kappel-Liste!)*

GR Ing Udo **Guggenbichler** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir haben heute schon viel gehört. Ich habe die Liste nicht mit. Sie müssen sich dann mit Frau Kappel selbst unterhalten. *(Raunen bei der SPÖ. - GR Dr Kurt Stürzenbecher: Aber es gibt sie! Er hat sie nur nicht!)*

Ich finde es aber phänomenal von der SPÖ, wie sie hier steht und über Wahlergebnisse spricht. Ihr habt in Niederösterreich den historisch schlechtesten Wahlerfolg gehabt. *(Raunen bei der SPÖ.)* Und ihr stellt euch da hin und sagt, dass das ein Erfolg ist! Wir wissen ganz genau, wie Wahlergebnisse sind. Wir sprechen auch nicht darüber. Aber ihr habt in Niederösterreich noch nie so wenige Wähler gehabt als in diesem Jahr und erdreistet euch, euch hier herauszustellen und über Wahlniederlagen zu sprechen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Herr Kubik hat auch kurz angesprochen, was eine Privatisierung ist, die Sinn macht. Welche Privatisierung macht Sinn für die SPÖ? Wenn parlamentarische Kontrollrechte ausgeschaltet werden und wenn man in einen SPÖ-nahen Verein genau diese Rechte weitergibt.

Schauen wir uns das an. Es ist ja vor Kurzem passiert. Vom Verein Freunde der Donauinsel sitzt jetzt Herr Präsident Kopietz da. Er soll dort Mitglied sein, ein Mitglied, das nicht geheim gehalten wurde. Ich kann mich daran erinnern, als Frau StRin Sima gesagt hat, es wird alles supertransparent sein. Drei Anfragen hat es gegeben und die Frau Stadträtin gibt bis heute nicht bekannt, wer in diesem Verein wirklich Mitglied ist, sondern beruft sich wider besseres Wissen darauf, dass das eh alles im Vereinsregister steht. Sie weiß ganz genau, dass die Mitglieder eines Vereins nicht im Vereinsregister stehen, sondern dass darin die Gründer und die Vorstandsmitglieder stehen. Aber sie ist nicht bereit, uns zu sagen, wer diese Mitglieder sind und wer diese 200 000 EUR Steuergeld erhält, nämlich Privatisierung à la SPÖ. Da wird nichts verkauft. Da wird auch nichts verschenkt. Nein, da werden einem Verein noch öffentliche Gelder, die Sie über Ihre Gebührenerhöhungen lukriert haben, dafür nachgeworfen, dass er Rechte von der Gemeinde Wien erwirbt. *(GR Heinz Hufnagl: Es wird einem ja nicht nachgeworfen! Das ist das Gründungskapital!)* - Herr Hufnagl, Sie waren im letzten Jahr der faulste Abgeordnete. Jetzt werden Sie fleißig am Ende des Tages! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Herr Kopietz, kommen Sie heraus, sagen Sie uns bitte, wer Ihre Kollegen in diesem Verein sind *(GR Gerhard Kubik: Tauschen wir die Listen aus!)*, die 200 000 EUR Steuergelder und Gebührengelder von den Wienern in diesem Verein verwalten. *(GR Prof Harry Kopietz: Kappel-Liste gegen Vereinsliste!)* Warum trauen Sie das der Magistratsabteilung nicht mehr zu? Besonders brisant

ist, dass ihr dort auch noch das Donauinselfest habt, das dann wahrscheinlich auch über diesen Verein abgewickelt wird. Sie wissen ganz genau, dass auch dieses Donauinselfest von der Gemeinde Wien mit öffentlichen Mitteln unterstützt wird.

Oder die nächste Verscherbelung: zum Beispiel Semmelweis-Areal. Sie können sich an den Bauträger at home erinnern. at home sagt uns allen etwas. Sie können im Protokoll meiner letzten Rede zu dem Thema nachlesen, wer dort in den Eigentumsverhältnissen steht. Hier hat diese rot-grüne Stadtregierung wieder unter dem Niveau des Kaufpreises, um unter 600 EUR pro Quadratmeter an eine SPÖ-nahe Firma das Semmelweis-Areal verscherbelt. at home sollten Sie sich merken!

Und was machen die GRÜNEN? Herr Maresch hat jahrelang gesagt, das Semmelweis-Areal muss den Bürgern zur Verfügung stehen. Wir haben den Antrag auf Zugänglichkeit des Areals für die Bürger gestellt. Was machen die GRÜNEN? Sie haben ein neues Wort kreiert: Durchgängigkeit. Die Bürger dürfen durchgehen, aber Zugänglichkeit auf das Areal gibt es keine mehr. *(GR Mag Wolfgang Jung: Durchgängig sind die GRÜNEN!)*

Keine Bürgerbeteiligung, wir wissen es ganz genau. Auf der einen Seite ist die Musikschule darin, auf der anderen Seite ein roter Bauträger, der dort 49 Luxuswohnungen baut. Bürgerbeteiligung auf einem ganz kleinen Stück, wo sich die Bürger nur verhöhnt fühlen. - Das zum Thema Semmelweis-Areal.

Frau GRin Matzka-Dojder hat sich letztes Mal herausgestellt und gesagt: „Wir als Gemeinderäte sind verpflichtet, uns die Evaluierungsberichte der Förderungen anzuschauen. Das ist unsere ureigenste Aufgabe.“ - Wie man in den Ausschüssen sieht, vergeben wir Fördergelder in letzter Zeit nicht mehr für ein Jahr, sondern in vielen Fällen für zwei, drei oder fünf Jahre. Auf die Nachfrage im Ausschuss, ob wir diese Evaluierungsberichte einsichtig haben können, sagt unser Ausschussvorsitzender, wir kriegen beim Folgeantrag einen Halbsatz, dass die Gemeinde das eh geprüft hat und damit müssen wir zufrieden sein. Da muss sich die SPÖ einigen, kriegen wir jetzt einen Halbsatz oder ist es der Auftrag eines Gemeinderates, genau diese Förderungen und Evaluierungen zu überprüfen? *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber das ist das, was wir von dieser Stadtregierung seit Jahren kennen. Wenn man diese Stadtregierung betrachtet, kommt einem vor, dass ein Grüner am Ende des Tages nur dann glücklich ist, wie der Herr Werner-Lobo, wenn er etwas verboten hat und dass ein Sozialist in dieser sozialistischen Regierung nur dann am Ende des Tages glücklich ist, wenn er etwas privatisieren hat können, und das am besten in einem SPÖ-nahen Verein. Ich darf auch einen Beschlussantrag einbringen:

„Die zuständige Stadträtin der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die Wien Kanal GmbH in den Magistrat der Stadt Wien rückeingegliedert wird.“

In formeller Hinsicht bitte ich hiermit um die Abstimmung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Abschließend darf ich Ihnen noch sagen, sehr geehrte Damen und Herren, die Liste ... - Fragen Sie die Frau Kappel! (*Heiterkeit bei der FPÖ.*)

Sehr geehrte Damen und Herren, hören Sie auf, mit dem Eigentum der Wiener zu spielen! Privatisieren Sie nicht in rote Vereine oder rote Firmen! Geben Sie das Eigentum der Wiener den Wiener Bürgern zurück! - Danke sehr. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr GR Valentin gemeldet. - Bitte sehr.

GR Erich **Valentin** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich weiß schon, dass man in der Eile des Gefechtes und wenn man etwas darstellen möchte, vielleicht ein bisschen Emotionen hat, Herr Kollege, aber ich denke immer, man sollte bei der Wahrheit bleiben und Wahrheit ist nachlesbar in den Protokollen, auch wenn sie fallweise nicht in die Parteistrategie passt.

Es wurde keinem Verein seitens des Umweltausschusses Geld nachgeschmissen, Punkt 1.

Es wurde ein Darlehen gewährt, das rückzahlbar ist, zu Punkt 2.

Punkt 3 ist es ein Verein, der dafür zu sorgen hat, dass Mehrwert, der auf der Donauinsel erwirtschaftet wird, auch den Wienerinnen und Wienern zu Gute kommt. (*GR Mag Wolfgang Jung: Auch? - GR Johann Herzog: Wem denn noch?*)

Ich möchte, nachdem ich mich in einer tatsächlichen Berichtigung an die Faktenlage zu halten habe, an Sie appellieren, in den Fragen, wo es um das Geld der Wienerinnen und Wiener geht, wo wir Maßnahmen gesetzt haben, dass die Wienerinnen und Wiener zu ihrem gerechten Anteil kommen, dies nicht Ihrer eigenen Parteideologie unterzuordnen, sondern, ich betone, der Wahrheit die Ehre zu geben! (*GR Johann Herzog: Fangen Sie einmal damit an!*) In diesem Fall haben Sie es, Herr Kollege, nicht getan! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Die Partei hat immer recht!*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr GR Mahdalik. Ich erteile ihm das Wort. (*GR Erich Valentin: Er hat die Liste! - GR Mag Thomas Reindl: Du hast die Liste mit! Lies jetzt vor!*)

GR Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Damen und Herren!

Nachdem Gerhard Kubik zum wiederholten Male seine Jungferrede in diesem Haus gehalten hat, bin ich auch bereit, ihm seinen sehnlichsten Wunsch zu erfüllen. (*GR Prof Harry Kopietz: Die Liste!*) Ich habe die Liste hier. (*Der Redner zeigt handschriftliche Notizen her. - GR Prof Harry Kopietz: Das ist aber schwach!*) Die Liste, nicht von John Grisham, sondern von Barbara Kappel. Was will unsere Wirtschaftssprecherin in Wirklichkeit privatisieren? Ich möchte aus ihrem und meinem Herzen keine Mördergrube machen: zum Ersten den Herrn Bürgermeister, zum Zweiten seine Stellvertreter und zum

Dritten die übrigen amtsführenden Stadträte von Rot und Grün. Das ist die Liste! (*Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.*)

Was, meine Damen und Herren, sollte Barbara Kappel sonst noch privatisieren wollen oder können? (*GRin Mag Dr Barbara Kappel: Das Privatleben!*)

Eine Wasserleitung in Wildalpen? - Habt ihr schon erledigt. (*GR Mag Wolfgang Jung: Eine Ferienwohnung!*)

Die Donauinsel? - Abgearbeitet von der SPÖ, vor Kurzem erledigt, Hakerl.

20 Prozent Anteil am Flughafen. Könnte Sie den, wenn sie wollte, überhaupt privatisieren? - Nein, SPÖ schon erledigt, mit den GRÜNEN Räuberleiter gemacht, ohne Gemeinderatsbeschluss. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Häupl-Stiftung!*)

Wiener Wohnen? AVZ? Häupl-Privatstiftung? Kanal? Öffis? - Alles erledigt.

SPÖ und GRÜNE, vielen Dank! Das ist die längere Liste. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Beim Kanal habt ihr zugestimmt! Nicht wir!*) Wir haben eine ganz kurze Liste, die ihr in Eigenregie mit ein paar soliden Rücktritten in wenigen Minuten abarbeiten könntet. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Sie sind schon mühsam!*) Das werdet ihr wohl nicht machen. Aber der Kollege Kubik hat seine Liste bekommen. (*GR Gerhard Kubik: Nicht meine! Die der Frau Kappel!*) Die erste war von der Barbara Kappel und die andere ist von Mike Häupl, nämlich die ganzen Privatisierungen, die SPÖ und GRÜNE schon abgearbeitet haben, wofür sich die Wiener Bevölkerung bei der Wahl recht herzlich bedanken wird.

Aber der Kollege Schock hat es in seiner Rede, weil wir schon bei den Privatisierungen und bei der beabsichtigten Rückführung der Privatisierungen sind, schon angesprochen: Warum machen die GRÜNEN der SPÖ die Räuberleiter bei Privatisierungen? Warum machen sie der SPÖ die Mauer, wenn städtisches Eigentum verramscht wird, wie die Wasserquelle? Für 3 700 EUR im Jahr hätte ich sie mir auch genommen. Es ist wahrscheinlich ein Stückchen Grün, das man nützen kann, auch dabei. Vielleicht wäre ich dann auch Ehrenbürger geworden. Warum machen die GRÜNEN - damit unsere geheime Sprachpolizei auch wieder etwas zu arbeiten hat - die Jubelperser für Großbauprojekte, die das Wiener Stadtbild zerstören, machen die Pflichtverteidiger noch bei diversen Veranstaltungen für die SPÖ? Das machen sie nicht umsonst, sondern dafür gibt es auch etwas, meine Damen und Herren, nicht bar aufs Handerl, das möchte ich nicht unterstellen, aber es gibt andere Möglichkeiten, den GRÜNEN ein bisschen etwas zu kommen zu lassen.

Nicht nur die „Wienwoche“ mit Live-Bondage unter Beteiligung von Teilentmündigten, wo man nachher gemütlich ein Schluckerl Naturekt an der Bar nehmen kann, 450 000 EUR im Jahr, wieder beschlossen von Rot und Grün.

Dann haben die GRÜNEN zum Beispiel eine Patientenanwältin bekommen, die jetzt wie eine Große abcasht und relativ unbemerkt von der Öffentlichkeit vor sich hinwerkelt.

Oder man bekommt eine Jobmaschine namens

Radagentur, die vor Kurzem in Mobilitätsagentur umbenannt wurde, behübscht wurde, weil der Name nach diversen Zeitungsberichten, wo gefragt wurde, was der Herr Blum eigentlich macht, schon ziemlich hin war. Die Radagentur und jetzige Mobilitätsagentur sollte pro Jahr 900 000 EUR bekommen, aber nicht für den Radwegausbau, sondern für halblustige Feste, für Lobbying und vor allem für Personal- und Sachkosten. Es hat nicht lange gehalten. Bei einer der nächsten Sitzungen haben Rot und Grün beschlossen, 1,5 Millionen bekommt das Versorgungskarussell der GRÜNEN pro Jahr aus dem Wiener Steuertopf, insgesamt 7 Millionen EUR bis zum Jahr 2015. Dazu kommen noch 4,5 Millionen EUR für das Radjahr 2013. Insgesamt 11,5 Millionen EUR, um die GRÜNEN gnädig zu stimmen, damit sie bei den Privatisierungen der SPÖ die Räuberleiter machen. Um 11,5 Millionen EUR könnte man 100 km neue Radwege im Vollausbau errichten, bis 2015, wenn man will, oder 350 km Mehrzweckstreifen beziehungsweise andere Radfahranlagen. So könnten wir bis 2015 das Wiener Radwegenetz, das jetzt 1 200 km umfasst und um ganze 40 km von Rot und Grün im Jahr 2013 erweitert wird, auf über 1 500 km erweitern. Aber nein, man schiebt das Geld lieber den grünen Parteigängern hinten nach, würde ich einmal sagen, und für den Radwegausbau werden schlappe 4 Millionen EUR im Jahr investiert. Also, mir scheint es fast so, als hätten die GRÜNEN ihre thematischen Steherqualitäten gegen phantastische Nehmerqualitäten eingetauscht, aber auch das werdet ihr vom Wähler noch zu hören bekommen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Früher waren die Agenden der Radagentur beziehungsweise der Mobilitätsagentur mit der Fußgängerbeauftragten. Die Beauftragte Nummer 17 hat recht plastisch eine Zeitung von Rot und Grün herausgearbeitet. Was hat sich geändert? Oder was wurde von der Mobilitätsagentur getan, seit sie ins Leben gerufen wurde? Es gibt zwei Antwortmöglichkeiten. Das Traurige ist, beide stimmen. A ist: nichts. B ist: viel Blödsinn. Was wurde wirklich gemacht? Die Hasnerstraße wurde zur fahrradfreundlichen Straße erklärt. Es hat sich dort so gut wie nichts geändert, weil dort, wo die Radfahrer vorher Nachrang gegenüber Bussen, Straßenbahnen gehabt haben, noch immer den Nachrang haben. *(GR Birgit Hebein: Nein!)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** *(unterbrechend)*: Lieber Herr Kollege Mahdalik, bitte zum Thema zu sprechen. Ich darf Sie auf das Thema der heutigen Sitzung hinweisen.

GR Anton **Mahdalik** *(fortsetzend)*: Ich bin bei den privatisierten Agenden der MA 46, die früher für den Radverkehr und für den Fußgängerverkehr zuständig war. *(GRin Nurten Yilmaz: Die Hasnerstraße ist nicht privatisiert!)* Es hat extra einen Radfahrbeauftragten, den Herrn Blaha, gegeben. Diese Agenden wurden in die Rad- beziehungsweise Mobilitätsagentur privatisiert, übertragen. Deshalb bin ich genau beim Thema dieses heutigen Sondergemeinderates. *(GR Mag Christoph Chorherr: Haha! Da muss ich lachen!)*

Es wurde dann noch, und das war das Highlight der letzten Monate, die erste Fahrradstraße Wiens feierlich

eröffnet. Ich weiß nicht, wie viele Leute dort waren, falls überhaupt wer hingefunden hat. Es ist nämlich in der Kuchelauer Hafensstraße, von wo man an klaren Tagen schon das Stift Melk sehen kann, also nicht unbedingt der zentralste Ort Wiens.

Ich hätte dann noch ein paar Vorschläge, ähnlich zentrale, bevölkerte Straßenzüge zu Fahrradstraßen zu erklären. Vielleicht finden dann mehr Leute hin. Ihr müsst halt einen Shuttlebus vom Rathaus dorthin einrichten. Erstens die Alberner Hafenzufahrtsstraße im 11. Bezirk, wo sich Fuchs und Hase gute Nacht sagen. Oder auch die Seitenhafensstraße im 2. Bezirk, wo sich die Leute nicht jeden Tag auf die Füße steigen. *(GR Ernst Nevrivy: Du bist beim falschen Thema!)*

Das hat die 7 Millionen teure Mobilitätsagentur in den letzten Monaten bewirkt, also entweder nichts oder eigentlich viel Blödsinn.

Darum sagen wir, und werden das auch mit einem Antrag untermauern, dass der Gemeinderat der Stadt Wien die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und so weiter und so fort auffordert, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, die Mobilitätsagentur Wien GmbH in den Magistrat der Stadt Wien wieder einzugliedern, wobei wir in formeller Hinsicht die sofortige Abstimmung verlangen.

Ich bedanke mich in höflicher Hinsicht für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Nach meinen Aufzeichnungen sind nunmehr keine Redner mehr gemeldet. Es dürfte wirklich so sein. Damit ist die Debatte geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über die eingebrachten Beschluss- und Resolutionsanträge.

Zuerst bringe ich zur Abstimmung den Beschlussantrag der FPÖ betreffend die Rücknahme von Privatisierungen im Bereich der Stadt Wien. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilen will, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das sind die FPÖ-Fraktion und der Klubunabhängige und damit keine Mehrheit.

Der zweite Antrag, der zur Abstimmung kommt, ist der Beschluss- und Resolutionsantrag der ÖVP betreffend Generalermächtigung zur Übertragung von Beteiligungen der Stadt Wien an die Wien Holding GmbH beziehungsweise an die Wiener Stadtwerke Holding AG. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Mit Zustimmung der ÖVP, der FPÖ und des klubunabhängigen Mandatars, keine Mehrheit.

Beschlussantrag der ÖVP betreffend Durchforstung und Evaluierung der Beteiligungen der Stadt Wien. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilen will, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist mit Zustimmung der ÖVP, der FPÖ und des klubunabhängigen Mandatars keine Mehrheit und somit abgelehnt.

Beschlussantrag der ÖVP betreffend Konzepterstellung für etwaige Übertragungen von Beteiligungen der Stadt Wien an die Wien Holding GmbH beziehungsweise an die Wiener Stadtwerke AG. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilen will, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - ÖVP, FPÖ, Klubunabhängiger, damit keine

Mehrheit.

Beschlussantrag der FPÖ-Gemeinderäte betreffend die Rücknahme von Privatisierungen im Bereiche des Deutschunterrichts. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - FPÖ und Klubunabhängiger stimmen zu, damit keine Mehrheit.

Beschlussantrag der FPÖ-Gemeinderäte betreffend die Rücknahme von Privatisierungen im Bereich Gesundheit und Soziales. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilen will, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die Zustimmung von FPÖ und klubunabhängigem Mandatar. Damit hat auch dieser Antrag keine Mehrheit.

Beschlussantrag der FPÖ-Gemeinderäte betreffend die Rückeingliederung der Wien Kanal GmbH. Wer die-

sem Antrag die Zustimmung erteilen will, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - FPÖ und Klubunabhängiger stimmen zu, damit keine Mehrheit.

Zu guter Letzt der Beschlussantrag der FPÖ-Gemeinderäte betreffend die Rücknahme von Privatisierungen im Bereich Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilen will, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist Zustimmung der FPÖ und des klubunabhängigen Mandatars und somit keine Mehrheit.

Wir sind nunmehr am Ende der Sitzung. Ich beende diese.

(Schluss um 11.56 Uhr.)